

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Karl Dietrich Bracher
Rückblick auf Bonn

Arnulf Baring
Die Berliner Republik
Erwartungen und Herausforderungen

Helmut Vogt
Das Herzstück der jungen Bundeshauptstadt
Die Anfänge des Deutschen Bundestages in Bonn 1949/50

Heinrich Wefing
Republikanische Lockerungsübungen
Der Umzug nach Berlin und
das Ende der Angst vor der Baugeschichte

B 32–33/99
6. August 1999

Karl Dietrich Bracher, Dr. phil., Dr. h. c. mult., geb. 1922; 1950 – 1958 an der FU Berlin; seit 1959 an der Universität Bonn Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte; Mitglied des Ordens Pour le mérite.

Veröffentlichungen u. a.: Die Auflösung der Weimarer Republik, Stuttgart – Düsseldorf 1955 (7. Aufl. 1984); (zus. mit W. Sauer und G. Schulz) Die nationalsozialistische Machtergreifung, Opladen 1960 (3. Aufl. 1974); Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, Bern – München – Wien 1964; Die deutsche Diktatur, Köln 1968 (8. Aufl. 1997); Das deutsche Dilemma, München 1971; Die Krise Europas, Berlin 1976 und 1979 (Neuausgabe 1993); Zeitgeschichtliche Kontroversen, München 1976 (5. Aufl. 1984); Schlüsselwörter in der Geschichte, Düsseldorf 1978; Geschichte und Gewalt, Berlin 1981; Zeit der Ideologien, Stuttgart 1982 (2. Aufl. 1985); Wendezeiten der Geschichte, Stuttgart 1992. Seit 1977 mit Hans-Peter Schwarz und Horst Möller Hrsg. der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.

Arnulf Baring, Dr. jur., geb. 1932; Historiker und Publizist; seit 1969 o. Professor für Zeitgeschichte und internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin; Bundespräsidialamt (1976–1979); Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen; Fellow, Woodrow Wilson Center, Washington, D.C.; Senior Associate, East-West-Institute, New York (1986–1988); Member, Institute for Advanced Study, Princeton (1992–1993); Fellow, St. Antony's College, Oxford (1993–1994).

Veröffentlichungen u. a.: Charles de Gaulle – Größe und Grenzen, Köln – Berlin 1963; Der 17. Juni 1953, Köln – Berlin 1965; Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München 1969; Zwei zaghafte Riesen? Deutschland und Japan seit 1945, Stuttgart 1977; Machtwechsel. Die Ära Brandt/Scheel, Stuttgart 1982; Unser neuer Größenwahn, Stuttgart 1988; Deutschland, was nun? Berlin 1991; Scheitert Deutschland? Stuttgart 1997; Es lebe die Republik, es lebe Deutschland!, Stuttgart 1999.

Helmut Vogt, Dr. phil., geb. 1951; Studium der Fächer Geschichte und Anglistik in Bochum und Bonn; Gymnasiallehrer in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: (Bearb. u. Hrsg.) Bonn im Bombenkrieg, Bonn 1989; Die Wirtschaftsregion Bonn/Rhein-Sieg im Industriezeitalter, Alfter 1991; 150 Jahre Interessenvertretung des Einzelhandels in der Region Bonn, Bonn 1995; „Der Herr Minister wohnt in einem Dienstwagen auf Gleis 4“, Die Anfänge des Bundes in Bonn 1949/50, Bonn 1999.

Heinrich Wefing, Dr. jur., geb. 1965; Studium der Rechte und der Kunstgeschichte in Bonn und Freiburg, Promotion mit einer Arbeit über „Parlamentsarchitektur. Zur Selbstdarstellung der Demokratie in ihren Bauwerken“; seit 1996 Redakteur im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, seit 1997 dort Kulturkorrespondent in Berlin; 1998 Kritikerpreis der Bundesarchitektenkammer.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Andreas Muhs) Ein Kunststück Stadt. Der neue Potsdamer Platz, Berlin 1998; (Hrsg.) „Dem Deutschen Volke“. Der Bundestag im Berliner Reichstagsgebäude, Bonn 1999; Der Neubau des Bundespräsidialamts im Tiergarten, in: Martina Düttmann/Felix Zwoch (Hrsg.), Berliner Bauwelt Annual 1998, Basel – Berlin – Boston 1999.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: ag2@bpb.de

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Rückblick auf Bonn

I.

Fünfzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland in Bonn ist die zweite deutsche Demokratie dabei, unter mancherlei Bedenken und tönenden Schlagworten wie dem einer künftigen „Berliner Republik“ aus der länger als zunächst erwartet provisorischen in die nun betont definitive Hauptstadt umzuziehen. Sie folgt also *nicht* der Abneigung fast aller föderalistischen Staaten, die größte Metropole auch noch zum Sitz von Parlament und Regierung samt Präsident zu machen (Ausnahme: Wien). Es geht auch um mehr als den Streit über Nomenklaturen und Selbstbezeichnungen, wie ihn wohl kein anderer Staat führt; Bezeichnungen wie „Weimarer Republik“ wurden ja erst nachträglich für die erste deutsche Demokratie verwendet – und dann leider eher als Abschreckung denn als ehrende Erinnerung an den historischen Verfassungsort von 1919.

Es geht heute vielmehr um die 50jährige Dauer und die erwarteten Veränderungen in der Bundesrepublik, nachdem die Verfassung des Grundgesetzes sowie Parlamente und Regierungen eines freien Westdeutschland mit Sitz in Bonn dieser zweiten deutschen Republik über vier Dezennien bis zur Wiedervereinigung und dann noch ein weiteres Jahrzehnt bis heute auch Gesamtdeutschland das Gepräge gegeben haben. Dabei hoben scharfsinnige Betrachter auch von außen schon früh den betonten Unterschied oder Gegensatz der „Bonner Demokratie“ zur Weimarer Republik hervor (wie u. a. etwa Alfred Grosser) und prägten die klassische Kurzformel: „Bonn ist nicht Weimar“ (Fritz René Allemann 1956).

Nicht zuletzt war es die Geschichte einer geteilten Nation, die sich im Westen mit dem Aufbau einer neuen Demokratie erfolgreicher als das erste demokratische Experiment von Weimar in der verhängnisvollen Zwischenkriegszeit Europas von 1918 bis 1939 zu behaupten wußte, in der Parlamentspolitik weithin mit Krise und Scheitern gleichgesetzt und darum auch das Kommen der ersten deutschen Diktatur hingenommen oder gar

erstrebt wurde. Doch wurde nun im selben Jahr 1949 auf sowjetisches Geheiß eine gegensätzliche „Volksdemokratie“ in Ostdeutschland gegründet: die DDR, die über 40 lange Jahre unter faktischer Einparteiherrschaft der SED eine zweite deutsche Diktatur war.

In dieser Doppelheit deutscher Zeitgeschichte nach der totalen Niederlage von 1945 lag eine tiefe Spannung und Problematik beschlossen, die den so unerwartet raschen Staatsbildungen wesentlich wurde. Sie war Nachkriegsgeschichte, die aus der „deutschen Katastrophe“ des Hitlerregimes herausführte, und zwar in steter Auseinandersetzung mit der Grunderfahrung der „deutschen Diktatur“ von 1933 bis 1945. Aber sie erhielt einen starken zusätzlichen Antrieb aus der höchst aktuellen Konfrontation zwischen den Supermächten in Ost und West – und aus den so gegensätzlichen politischen Werten, die sie vertraten: diktatorische Einparteiherrschaft oder freiheitliche Demokratie. Dieses Spannungsgefüge hat die Begründung und Entwicklung von zwei so unterschiedlichen Regierungssystemen auf dem Boden des durch Vertreibung und Besetzung verkleinerten deutschen Nationalstaats bestimmt, und es wurde noch kompliziert und verschärft durch die militärischen und ökonomischen Strategien eines „Kalten Krieges“, der in seinen Grundzügen trotz allen Beteuerungen der Entspannung bis ans Ende der achtziger Jahre reichte.

Zumal die Bundesrepublik Deutschland war aber nicht nur Objekt, sondern zunehmend auch Subjekt jener Entwicklung, die binnen weniger Jahre zu scheinbar unumstößlichen Entscheidungen geführt hat. Die Abhängigkeit deutscher Politik von der internationalen Machtlage trat vor allem in den großen Weichenstellungen von 1948/49 klar zutage. Von Anfang an hingen die Bewältigung der Kriegsfolgen, die Organisation des Wiederaufbaus und die Sicherung der dafür notwendigen Kooperation mit den westlichen Alliierten aufs engste mit der Einordnung des besetzten Deutschland in die bipolar gespaltene Europa- und Weltpolitik zusammen. Die Handlungsfähigkeit deutscher Politik gewann dadurch bald wieder an Gewicht.

Das galt vor allem für die politische Orientierung und demokratische Entfaltung der Bundesrepublik Deutschland. In ihr erfuh man den wesentlichen Unterschied zur sowjetisch bestimmten Gründung

Überarbeitete und aktualisierte Fassung der Studie „Deutschland in Europa“, in: Karl Dietrich Bracher, Wendezeiten der Geschichte, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1992.

der DDR und ihrer politisch-gesellschaftlichen Form als einer diktatorisch gesteuerten „Volksdemokratie“. Beide Staaten standen zwar im Zeichen der Blockbildung und unter der Kontrolle der Siegermächte, doch trat der grundlegende Unterschied von Anfang an aufs deutlichste hervor: Im Osten kam es anstelle der in den ersten Nachkriegsjahren proklamierten „Demokratisierung“ zur Durchsetzung einer von der Sowjetunion abhängigen kommunistischen Parteidiktatur, im Westen hingegen wurde die stufenweise Änderung des Besatzungsregimes in ein System der internationalen Kooperation erreicht – mit dem historisch so bedeutsamen Ziel, die negative Kontrolle Deutschlands in eine positive Integration mit europäischer und atlantischer Ausrichtung zu verwandeln.

Diese Zielsetzung war denn auch die zukunfts-trächtige Substanz der Verhandlungen und Verträge, die vom Marshall-Plan über die Westeuropäische Union, den Europarat, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl schließlich zu den Deutschlandverträgen und zur Europäischen Gemeinschaft geführt haben. Und hier lag auch der fundamentale Unterschied zur Nachkriegszeit von 1918/19, als der Rückfall in ein Europa der Nationalstaaten die tödliche Krise der Demokratie und den diktatorischen Aufstieg aggressiv-revisionistischer Bewegungen und Systeme, voran des italienischen Faschismus und dann des deutschen Nationalsozialismus, ermöglicht hatte. Nun aber eröffnete diesseits des sowjetischen Machtbereichs eine Politik der engen europäischen Zusammenarbeit in Anlehnung an die USA mit der Zielvorstellung ökonomisch-politischer Integration, die sich auf Pläne der Widerstandsbewegungen im Kriege und eine Vielfalt von Europa-Bewegungen in der frühen Nachkriegszeit berufen konnte, auch konkretere Perspektiven für eine übernationale, eine „postnationale“ Lösung des deutschen Staatsproblems. Sowohl mit Blick auf die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik wie besonders auf die Stabilisierung der neuen deutschen Demokratie gewann die Europa-Idee eine machtvolle Funktion: Sie bot ein neues, weiter gefaßtes Bezugssystem, nachdem der übersteigerte Nationalimperialismus des NS-Regimes nationalstaatliches Denken als letzte Instanz in schwerste Krisen geführt hatte.

II.

Es gibt keine einfache Antwort auf die Frage, welcher der zahlreichen Faktoren in erster Linie für die letztlich so viel glücklichere Bundesrepublik,

verglichen mit der kurzlebigen Weimarer Demokratie oder gar mit der allzu langdauernden zweiten deutschen Diktatur in der DDR, namhaft zu machen ist. Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik sind gleichermaßen beteiligt. Der Verfassung, ihrer Anerkennung und Realisierung, sowie der Abwehr diktatorischer und radikaler Tendenzen kommt ebenfalls hohe Bedeutung zu. Grundlegend ist und bleibt aber schließlich die Einfügung zuerst West-, dann Gesamt-Deutschlands in den übernationalen Rahmen der Europapolitik; ferner der Verzicht auf eine in der Vergangenheit so verhängnisvolle nationalistische Machtpolitik, statt dessen das Streben nach Partnerschaft mit den Nachbarn und das Bewußtsein der wechselseitigen Abhängigkeit auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet.

Diesen supranationalen Erfordernissen hat die Verfassung der Bundesrepublik in besonderer Weise Rechnung getragen, indem sie eine Selbstbeschränkung der nationalstaatlichen Hoheitsrechte „zugunsten zwischenstaatlicher Einrichtungen“ sowie „zur Wahrung des Friedens“ und zur Unterbindung eines Angriffskrieges (Artikel 24 bis 26 des Grundgesetzes) vorsieht. Dies ist ein Novum in der Geschichte der modernen Staaten. Es entspricht – unabhängig von den Konsequenzen aus der jüngsten deutschen Geschichte – aber durchaus der Lage eines Landes in der Mitte Europas, das von den Entwicklungen im Osten und der Nord-Süd-Problematik nach wie vor in besonderem Maße betroffen ist. Die übernationale Offenheit, die auch die Verfassung zeigt, kommt der Europapolitik und den dafür grundlegenden deutsch-französischen Beziehungen zugute, die den tiefen Wandel gegenüber der früheren Geschichte besonders eindringlich demonstrieren. „Verfassungspatriotismus“ (Dolf Sternberger) lautete denn auch ein Stichwort, das neben dem problemreichen Bemühen um eine Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats zum Kern des Staatsverständnisses erhoben wurde.

Die Politik des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, der von 1949 bis 1963 unerwartet lange (73- bis 87jährig) an der Regierung blieb, stützte sich von Anbeginn voll auf jenen supranationalen Aspekt der Europapolitik. Angesichts der machtpolitischen Verhältnisse in Osteuropa am Ausgang der vierziger Jahre wurde die nationalstaatliche Argumentation der sozialdemokratischen Opposition unter Führung Kurt Schumachers von der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung nicht als realisierbare Alternative angenommen. Das proklamierte Ziel einer Wiedervereinigung rückte immer weiter in die Ferne, während die Stabilisierung der Kooperation mit dem Westen dem unmittelbaren Bedürfnis nach Wiederaufbau und Sicherheit entsprach. Adenauer folgte der sogenannten

„Magnettheorie“, der zufolge die wachsende Anziehungskraft des westlichen Lebensstandards letztlich zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas führen würde (nur in der Dauer täuschte er sich). Unter diesem Vorzeichen stand auch die Entscheidung für eine liberal-demokratische, marktwirtschaftlich-soziale Staats- und Gesellschaftsordnung. Zwangswirtschaft und Sozialismus waren mit dem Odium der Diktatur, des Kriegs- und Nachkriegselends belastet, und die aktuelle osteuropäische Zwangssozialisierung, die ökonomische Dauerkrisen zur Folge hatte, wirkte in unmittelbarer Nachbarschaft besonders wenig attraktiv, wie auch die unaufhörlichen Flüchtlingsströme von Ost nach West bewiesen.

Im Hinblick auf die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur wirkte überzeugend die liberal-demokratische Erscheinung eines Theodor Heuss, der von 1949 bis 1959 erster Bundespräsident war. Die Bundesrepublik vermied verfassungspolitische Schwächen, die der Weimarer Republik schon früh zum Verhängnis geworden waren: Die Stellung von Kanzler und Regierung wurde gestärkt, das politische Gestaltungsvermögen des Präsidenten hingegen begrenzt, der parlamentarische Prozeß wurde gefestigt, indem der Sturz eines Kanzlers von der Wahl eines neuen abhängig gemacht wird – „konstruktives Mißtrauensvotum“ –, ein Verbot antidemokratischer Parteien durch das Bundesverfassungsgericht wurde ermöglicht, schließlich die Zersplitterung des Parteienfeldes durch eine Fünf-Prozent-Klausel in den Wahlgesetzen erschwert. Der Sinn all dieser Bestimmungen war, eine Zerstörung der Demokratie mit pseudodemokratischen Mitteln zu verhindern, wie dies 1933 geschehen war; die modifizierte, wehrbereite Demokratie von Bonn sollte dem prinzipiellen Gegner nicht die unbeschränkte Toleranz gönnen, an der die Weimarer Republik zugrunde gegangen war.

Die Erfahrungen mit einem besser funktionierenden Parteiensystem führten – neben der Leistungsfähigkeit des Systems der Sozialen Marktwirtschaft – zu einer zunehmend positiven Bewertung der Demokratie selbst, an der es zwischen 1918 und 1933 gefehlt hatte. Über das Kanzlerregime eines großen alten Mannes mit fast patriarchalischer Autorität wurde eine Brücke von der obrigkeitstaatlichen Tradition Deutschlands zur stabilen pluralistischen Demokratie geschlagen. Die historische Zersplitterung des Parteienwesens wurde durch eine Konzentration der politischen Gruppierungen auf zwei fast gleich große Parteien abgelöst – die alte SPD und die neue CDU –, neben denen sich als kleinere dritte Partei auf Dauer nur die Liberalen (FDP) und im letzten Jahrzehnt die „Grünen“ behaupten konnten. Das

Bonner System vermochte sich von den Problemen zu lösen, die für die zerklüfteten kontinental-europäischen Parteisysteme typisch waren und es zum Teil noch sind. Es war das Ergebnis eines längeren Prozesses der Entideologisierung und Pragmatisierung der Parteien, der im Godesberger Programm von 1959 die Liberalisierung der SPD und schließlich – wie in den Ländern so auch im Bund – den Test eines vollen Regierungswechsels von der CDU zur SPD ermöglichte, wie dies zuerst 1969 durch die Bundestagswahl geschah.

Seit Mitte der sechziger Jahre – nach dem Ende der Ära Adenauer –, im Zeichen eines Wechsels der Generationen und der Veränderung der internationalen Situation gegen Ende des Kalten Krieges, kamen freilich auch die fortdauernden deutschlandpolitischen Probleme, das Unfertige des Bonner Staates stärker zum Vorschein, besonders dann im Zeichen der Entspannungspolitik der siebziger und achtziger Jahre. Gewiß hat das Bundesverfassungsgericht immer erneut das Offenhalten der deutschen Frage als verfassungspolitisches Gebot bestätigt. Von einer Schaukelpolitik zwischen West und Ost konnte dabei nicht die Rede sein. Die Bundesrepublik blieb angewiesen auf ihre Zugehörigkeit zu Westeuropa und auf Fortschritte der europäischen Integrationspolitik, der sie ihre Existenz und Entwicklung verdankte. Doch wenn die Möglichkeit einer gesamteuropäischen Kooperation im Zeichen der KSZE seit 1975 konkrete Formen gewann, mußte sich auch die Frage einer politischen Annäherung der zwei Staaten in Deutschland und ihrer Wiedervereinigung neu stellen. Dies setzte freilich Änderungen der weltpolitischen Konstellation voraus, die sich erst 1989 als Folge der Perestroika in der Sowjetunion ergaben.

III.

Wie zwangsläufig war nun die deutsche Wiedervereinigung von 1989/90? Der Begriff „Wiedervereinigung“ setzt ja voraus, daß eine solche der beiden Staaten historisch begründet ist. Wie stark war die Forderung nach staatlicher Einheit im Laufe der letzten 150 Jahre wirklich? Tatsächlich hat sich der Wille zu einem deutschen Nationalstaat als Reaktion auf die Französische Revolution und den Imperialismus Napoleons erst relativ spät entwickelt. Die Bemühungen um eine deutsche Staatsbildung waren von Anfang an geprägt vom Konflikt zwischen zwei schwer zu vereinbarenden Forderungen: dem Ruf nach Freiheit und dem Verlangen nach Einheit. Dieser Konflikt, der in seiner Komplexität hier nicht weiter zu erörtern

ist, wurde schließlich nach langen, auch revolutionären Auseinandersetzungen erst im Krieg gegen Frankreich 1870 zugunsten der Einheit entschieden.

Unter dem Eindruck der Niederlage der Hitler-Diktatur und der sowjetischen Dominanz im Osten Deutschlands und Europas rangierte in der Bundesrepublik nach der Spaltung von 1949 die Forderung nach Freiheit vor dem Ruf nach Einheit. Die Forderung nach staatlicher Einheit ist denn auch 1989 konkret eher politisch als historisch begründet worden: gerichtet gegen die Unterdrückung und Diktatur im Osten Deutschlands und Europas.

Die westdeutschen Parteien spielten bei dieser Auseinandersetzung eine wichtige, doch unterschiedliche Rolle. Die Christdemokraten gingen mehrheitlich vom Primat der Freiheit durch Westbindung aus (Adenauer), während die Sozialdemokraten anfänglich (unter Schumacher) dadurch die Einheit gefährdet sahen. In der SPD war man der Meinung, die Partei habe nach 1918 zu wenig für die nationalen Bedürfnisse getan. Nach der Rückkehr aus der Emigration hatten führende Sozialdemokraten auch die Sorge, die SPD könne wiederum als „un-national“ gelten. Die Folge waren heftige Konflikte mit der CDU: So nannte der erste Oppositionsführer Kurt Schumacher den ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer im Bundestag einen „Kanzler der Alliierten“, während dieser im Wahlkampf von 1957 einen eventuellen Sieg der SPD ebenso polemisch als „Untergang Deutschlands“ bezeichnete. Die Position der SPD zur Einheitsfrage hat sich seitdem noch mehrfach gewandelt. In den letzten zwei Jahrzehnten tendierte sie, wie immer mehr Menschen, angesichts der Sowjetmacht zur Hinnahme der faktischen Zweistaatlichkeit, wobei die SPD noch kurz vor der Wende die Bewahrung einer gesamtdeutschen Staatsbürgerschaft überhaupt in Frage stellte.

Aber war der Konflikt zwischen Freiheit und Einheit für die Bevölkerung im Westen nicht eher theoretisch? Die Tatsache, daß die SPD bei den Wahlen in den fünfziger Jahren nie über dreißig Prozent hinauskam, zeigt in der Tat, daß die Mehrzahl der Westdeutschen unter dem Druck des Kalten Krieges vor allem auf die Sicherung der Freiheit, auf den Wiederaufbau und auf den ökonomischen Aufstieg setzte. Die Forderung nach Wiedervereinigung trat immer mehr in den Hintergrund, als die Westeinbindung der Bundesrepublik in NATO und EG erfolgt war und vor allem dann gegen den Bau der trennenden Mauer keine Hilfe kam.

Unter den großen Parteien gab es nach den heftigen Auseinandersetzungen um die Deutschland-

politik seit Ende der fünfziger Jahre eine Art „nationalen Konsens“: Die Bundesrepublik war Teil der westlichen Allianz. Sie spielte in der Europapolitik eine aktive Rolle. Die Sicherheit der Bundesrepublik war völlig angewiesen auf die Westbindung, der ihre demokratische Wertbindung entspricht.

Fragt man, ob 1989 nicht eine deutsche Konföderation eine echte Alternative zum im Ausland befürchteten „großdeutschen“ Einheitsstaat gewesen wäre, so ist doch offensichtlich, daß von „großdeutsch“ bei dieser Vereinigung nicht die Rede sein kann. Eine Konföderation war in der ersten Phase der „Wende“ sehr stark im Gespräch. Dann aber überholte die aktuelle Entwicklung diese theoretische Möglichkeit. Das war allerdings nicht allein eine Folge des politischen Willens der Bundesrepublik, sondern lag vor allem an der inneren Schwäche der DDR, deren Bevölkerung aus der politisch-ökonomischen Not so rasch wie möglich herauswollte und an das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen appellierte. Besonders aber hatte Bundeskanzler Kohl den Blick dafür, daß das „Zeitfenster“ für das „unerhörte Ereignis“ der staatlichen Einheit vielleicht nicht unbegrenzt lang geöffnet war.

Angesichts dieses raschen Drängens nach staatlicher Einheit dürfen wir historische Erfahrungen mit früherem deutschem Nationalismus nicht überbewerten. Es ging den Menschen in der DDR zuallererst darum, eine Diktatur durch ein freiheitlich-demokratisches Staatswesen zu ersetzen. Dieses Ziel war ihnen viel wichtiger als die nationale Komponente. Heute stehen wir – anders als in früheren Perioden – unter dem Eindruck einer primär demokratischen Entwicklung. Bereits 1953 versuchte die Bevölkerung der DDR den Aufstand gegen ein undemokratisches System. Die Ereignisse von 1953 und 1989 sind also durchaus vergleichbar. Der Unterschied besteht darin, daß 36 Jahre zuvor die sowjetischen Truppen eingriffen und im November 1989 nicht. Der Motor war bei beiden Entwicklungen die Befreiung von einem totalitären Regime und die Aufhebung der künstlichen Trennlinie zwischen den beiden deutschen Staaten. Vor allem der Wunsch nach Befreiung und Selbstbestimmung und nicht zuerst die Sehnsucht nach nationaler Einheit hat die Menschen in der DDR auf die Straße getrieben. Die nationale Sehnsucht kam erst danach hinzu. Zunächst hieß es: „Wir sind *das* Volk“, dann: „Wir sind *ein* Volk“. Das Wesentliche war die Ablehnung des eigenen, diktatorischen Staatswesens.

Die damalige Wiedervereinigungsstimmung in beiden Teilen Deutschlands erweckte den Eindruck, daß die nationale Einheitskomponente wieder

stärker geworden war. Aber weder in der DDR noch in der Bundesrepublik gab es eine große nationalistische Welle. Die Parolen und Transparente in Leipzig waren weniger national als menschenrechtlich und ökonomisch begründet: Die Vereinigung wurde als Weg zu einem menschenwürdigen Leben verstanden. Die freiheitliche Komponente war – wie schon im Juni 1953 – auch im November 1989 der dominierende Faktor. Es war in der Tat „ein Aufstand gegen Zwang und Lüge“, wie Helmut Schmidt sagte. Wiedervereinigungsforderungen fanden dann vollen Widerhall, nachdem der Umfang der Wirtschaftsmisere sich immer stärker abzeichnete und der gigantische Unterdrückungsmechanismus des eigenen Staates immer mehr offenbar wurde.

IV.

Auch nach den Ereignissen von 1989/90 und nach der wiedergewonnenen staatlichen Einheit befindet sich Deutschland weiterhin auf dem Weg zu einer supranational orientierten Demokratie, in der eine wünschenswerte Relativierung des Nationalstaatsprinzips gelingt. Gewiß besteht auch im größer gewordenen demokratischen Europa erneut die Gefahr eines Rückfalls in nationalistische Interessenkonflikte. Diese Gefahr scheint mir aber im deutschen Fall nicht sehr groß, da unsere europapolitische Einbindung überaus stark ist und auch die „Wiedervereinigung“ seit je an konkrete Vorbedingungen geknüpft war: Wir wollten unsere Bindungen zur Europäischen Gemeinschaft, zu unseren westlichen Nachbarn, zu den USA nie in Frage stellen und entschieden uns deshalb stets eindeutig gegen ein „neutrales“ Deutschland. Wir wollten nicht einfach heraus aus diesem Beziehungsgeflecht oder gar aus den Westverträgen. Das vereinigte Deutschland wird, wie bis 1989 die Bundesrepublik, weiterhin eine föderale, supranational orientierte Demokratie sein. Auch die so rasch mögliche Einbeziehung der DDR mittels einer Wiederherstellung ihrer Länder lief klar auf eine föderalistische Lösung hinaus.

Wir sind uns dabei bewußt, daß Deutschland keine Großmacht ist und dies auch nicht mehr anstrebt. Es ist ein Gebilde entstanden, das nicht als Machtstaat auftritt, sondern das mit vielen Aufgaben und Belastungen behangen ist, wobei die zentralen Fragen der Europa- und Sicherheitspolitik vorrangig sind. Eines aber ist mit aller Deutlichkeit zu sagen: Der Europäische Binnenmarkt und die Europäische Union sind für Deutschland von erst-rangiger Bedeutung. Die Wiedervereinigung ist

uns aus Gründen der nationalen Solidarität wie der demokratischen Verfassung, aber auch unserer europäischen Loyalität unmittelbar zugewachsen. Wir leben in einem interdependenten europäischen Staatensystem, in dem die nationalstaatliche Souveränität zunehmend relativiert wird. Auch der Entspannungs- und Abrüstungsprozeß ist in Gang gekommen. Daß die Bundesrepublik durch eine nationalistische Wende zur neuen Gefahr werden könnte, ist faktisch ausgeschlossen.

Inzwischen zeigte sich freilich auf schmerzhaft Weise, so auf dem Balkan, daß auch die ältere Weltgeschichte durchaus weitergeht, und damit die Gefahr einer Wiederkehr nationalstaatlicher Konflikte auf Kosten funktionsfähiger Demokratien. Es besteht die Möglichkeit einer Störung demokratischer Rekonstruktion durch nationalfundamentalistische Bewegungen, also eines Rückfalls in die Zwischenkriegszeit mit dem Vorrang nationalistischer vor demokratischer Politik.

Den alt-neuen Problemen des Nationalstaats kann auf Dauer nur durch eine Föderalisierung Europas mit abgestuften Formen politischer und ökonomischer Integration begegnet werden. Dies ist die Aufgabe, vor der wir heute vor allem stehen. Dafür bietet das Vorbild der Europäischen Gemeinschaft, der Europarat sowie der KSZE-Prozeß institutionell bessere Voraussetzungen denn je zu einer Modifizierung sowohl des Nationalstaats- wie auch des Souveränitätsprinzips. Nur so kann es auch zu einer Entschärfung der historischen Minderheiten- und Regionalprobleme kommen, sowohl in menschenrechtlicher wie in ökonomisch-sozialer Hinsicht. Diese geschichtliche Aufgabe, an der das 20. Jahrhundert bislang gescheitert war, ist auch mit dem Jahr 1989 nicht gelöst, vielmehr erneut bewußt und aktuell geworden. Zumal der plötzliche Übergang von diktatorischer Plan- zu sozialer Marktwirtschaft ist allenfalls europäisch zu verkraften. Nur soweit es gelingt, diesen Prozeß zu fördern und zu befestigen, ist die Wende Europas zur Demokratie von Dauer, sind die Gefahren neuer Machtkonflikte zu bannen, in denen das vereinigte Deutschland erneut in die problematische Lage einer Zwischenmacht zwischen West und Ost hineingedrängt werden könnte.

Eine solche Perspektive bietet keinen Grund für Pessimismus, aber um so mehr für eine entschiedenen fortschreitende Politik der europäischen Einigung und Föderation, in steter Verbindung mit der bewährten atlantischen Gemeinschaft. Ein deutscher Parteiführer hat dies in einer für die meisten Politiker repräsentativen Weise vor dem Deutschen Bundestag erklärt: „Wir wollen nicht *in* Europa stark sein, wir wollen *für* Europa stark sein“ (Graf Lambsdorff am 2. April 1992).

Thomas Mann, der nach zwei Jahrzehnten des Exils zu Beginn der fünfziger Jahre aus den USA zurückkehrte, entwarf 1953 in einer Ansprache vor Hamburger Studenten eine auch heute wieder aktuelle Vision für die Deutschen in Europa, als er sagte: „Uns ist nicht bange, daß die wirkende Zeit nicht ein geeintes Europa mit einem wiedervereinigten Deutschland in seiner Mitte bringen wird. Wir wissen nicht, wie es geschehen, wie das unnatürlich zweigeteilte Deutschland wieder eins werden soll. Es ist uns dunkel, und wir sind auf den Glauben angewiesen, daß die Geschichte schon Mittel und Wege finden wird, das Unnatürliche aufzuheben und das Natürliche herzustellen: ein Deutschland, als selbstbewußt dienendes Glied eines in Selbstbewußtsein geeinten Europas – nicht etwa als sein Herr und Meister ... Täuschen wir uns nicht darüber, daß zu den Schwierigkeiten, die die Einigung Europas verzögern, ein Mißtrauen gehört in die Reinheit der deutschen Absichten, eine Furcht anderer Völker vor Deutschland und vor hegemonialen Plänen, die seine vitale Tüchtigkeit ihm eingeben mag ... Sache der heraufkommenden deutschen Generation, der deutschen Jugend ist es, dies Mißtrauen, diese Furcht zu zerstreuen, indem sie das längst

Verworfenen verwirft und klar und einmütig ihren Willen kundgibt – nicht zu einem deutschen Europa, sondern zu einem europäischen Deutschland.“

Die aus den Katastrophen zweier Weltkriege entstandene Leitidee eines neuen Europas bietet zum ersten Mal konkret und praktikabel nach Jahrhunderten der Kriege und Unterdrückung der Welt ein Modell der übernationalen Konfliktlösung und Zusammenarbeit zur Sicherung sowohl der Freiheit wie des Friedens und des wirtschaftlichen Wohlstands. Uns, den Deutschen, bleibt die Erfahrung und Verantwortung einer Epoche mit so schrecklichen Folgen für die Völker Europas; es bleibt die Verpflichtung auf die Grundwerte europäischer Kultur, voran die Bewahrung und Verteidigung der Menschenrechte. Und so versteht sich das Vermächtnis der politischen Kultur der Bundesrepublik (die Kurt Sontheimer jüngst in seinem lesenswerten Buch: „So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik“ gegen überzogene, realitätsferne Kritik verteidigte) auch für die kommende Zeit einer Bundeshauptstadt Berlin – mit einer Bundesstadt Bonn.

Arnulf Baring

Die Berliner Republik

Erwartungen und Herausforderungen

I.

Wir Deutschen müssen uns in erster Linie darum bemühen, unsere Umgebung zu stabilisieren – in ihrem wie im eigenen Interesse. Sobald Parlament und Regierung in Berlin sind, wird vermutlich die alte, neue Nachbarschaft aller Deutschen – Ostmitteleuropa – nach und nach intensiver wahrgenommen werden. Das ist jetzt, neben der Pflege unserer erprobten Westbindungen, unsere vordringliche, zusätzliche Aufgabe. Denn die Oder, früher die Mitte der Monarchie, bildet nun unsere östliche Grenze. Die Polen sind nach den Franzosen unser größter, wichtigster Nachbar.

Weshalb aber sind so wenige bei uns neugierig, wie es dort und weiter östlich aussieht? Schon die Atlanten behandeln den Raum zwischen uns und den Russen stiefmütterlich. Hindert der verdrängte Schmerz über den Verlust vieler Gebiete, in denen die Deutschen einst zu Hause waren, ihre architektonischen Spuren hinterlassen haben, unsere sonst doch unbändige Reiselust? Ist es die Furcht, Landschaften zu betreten, die einst von Deutschen und Juden geprägt wurden? Die einen sind ermordet, die anderen hat man vertrieben. Nur wenn wir uns alles Verlorene vor Augen führen, innerlich aneignen, werden wir imstande sein, uns einen vernünftigen, zuversichtlichen Reim auf unsere alte, schwierige Mittellage zu machen. Das wird, wie gesagt, nach dem Umzug in die neue, alte Hauptstadt verstärkt die Aufgabe Deutschlands sein. Wir haben in der weiten Welt politisch nicht viel zu bestellen. Unser vordringliches Tätigkeitsfeld liegt in Europa. Fest in der Europäischen Union verankert, müssen wir uns tatkräftig um die Stabilisierung Ostmitteleuropas bemühen.

Was bedeutet der Umzug sonst noch? Nicht nur gegenüber Ostmitteleuropa brauchen wir ein neues, einfühlsames Bewußtsein unserer Rolle. Auch uns selbst sollten wir künftig differenzierter wahrnehmen. Die Masse der Westdeutschen wird erst mit der Regierung in der Hauptstadt Berlin überhaupt merken, was sich 1990 ereignet hat. Nach dem Umzug wird man hoffentlich allmählich erfahren, was von der „Berliner Republik“ zu halten ist, von der man jetzt so viel hört. Die erste

Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers Gerhard Schröder enthielt nur unsichere Hinweise, was er sich unter einer „Republik der Neuen Mitte“ vorstellt, die von Berlin aus gestaltet werden soll. Er pries das weltoffene Klima der Stadt, Berlin als Anziehungspunkt für Jugend und kulturelle Avantgarde, sah in Berlin eine „heitere und aufregende Stadt“ für jüngere Deutsche und Europäer, „die sie von Fußballspielen und der Love Parade her kennen. Auch und gerade an diesen Traditionen werden wir anknüpfen, wenn wir Berlin zur Hauptstadt einer Republik der Neuen Mitte machen wollen.“

Das wird sicherlich nicht reichen. Dieser Ortswechsel fordert mehr heraus, da er zugleich eine Rückkehr in unsere lange Geschichte ist, auf die man sich so oder so neu einstellen muß. Wer einen neuen Stil deutscher Politik entwickeln, sich offener, unbefangener, souveräner geben möchte als im eher kleinstädtisch zugeschnittenen Bonn, muß sich an einem hohen Anspruch messen lassen. Er muß mehr im Blick haben als die letzten fünfzig Jahre. Aber er darf gleichzeitig keinen Augenblick die Tugenden vergessen, die der „alten“ Bundesrepublik Respekt und Zustimmung der Welt eingetragen haben: die Bescheidenheit des Auftretens, den kooperativen Arbeitsstil, die Fähigkeit, anderen zuzuhören, ihre Interessen wahrzunehmen, behutsam am Konsens mitzuwirken.

Falls sich jedoch eine selbstbewußte Stillosigkeit durchsetzt, wird das auch die Substanz der Bundesrepublik verändern, obwohl die etablierten Institutionen – das Grundgesetz, die Parteien, die Apparate – natürlich bestehen bleiben. „Berliner Republik“ – das sind bisher nur zwei Worte. Aber sie spiegeln eine verbreitete, vage Erwartung. Es fällt auf, daß immer weniger von der „Bundesrepublik“ die Rede ist, ihre 50-Jahr-Feier nur müdes Interesse findet. Mehr und mehr wird von „Deutschland“, von der „Republik“ gesprochen. Schröder hat recht: Auffällig viele junge Menschen – und nicht nur junge – blicken erwartungsvoll auf Berlin, ziehen dorthin. Massenmedien, Zeitungen, Verlage rechnen mit einer neuen Metropole, stellen sich auf sie ein. Diese breite, mächtige Erwartung ist in sich schon ein Element der Veränderung. Sie wird uns das Bestehende mit anderen Augen wahrnehmen lassen. Sie schafft eine Atmo-

sphäre, in der Neues die Chance erhält, zum Thema zu werden, sich durchzusetzen.

Bonn war immer untypisch für die Bundesrepublik, weil es bürgerlicher, gesetzter, provinzieller war als große Teile des Landes. Man bekam dort wenig von dem mit, was die Deutschen bewegte. Berlin ist der umgekehrte Fall: Es ist schlechter beieinander als alle anderen Großstädte. Es ist arm. Vieles liegt im argen, muß und wird unbedingt geändert werden. Auf der anderen Seite ist die kulturelle, künstlerische Vielfalt außerordentlich. Soziale Spannungen sind sichtbar, die Ghettobildung in einigen Bezirken ist weit fortgeschritten. Zugleich regt die Stadt an und auf, inspiriert Gespräche, Auseinandersetzungen. Die Geschichte Deutschlands ist hier überall unausweichlich näher als sonstwo. Das wird, wenn jetzt Parlament und Regierung in Berlin sein werden, vor allem das Ausland intensiv vor Augen haben. Kaum jemand dachte in Bonn an das Dritte Reich, niemand fühlte sich dort unmittelbar an den Nationalsozialismus erinnert. In Berlin jedoch werden viele Bilder der Hitler-Herrschaft wieder in der Erinnerung auftauchen – allerdings hoffentlich auch frühere, bessere Phasen unserer Geschichte das Bewußtsein prägen. Ohnehin wird die noch sehr prägnante Nachkriegszeit augenfällig sein. Sichtbar leben das alte West-Berlin und die frühere Hauptstadt der DDR immer noch weitgehend nebeneinander her, gehören politisch in verschiedene Welten. Dennoch sieht man nirgendwo in Deutschland so viel Neugier und Wandel.

Berlin als Regierungssitz wird atmosphärisch eine Menge ausmachen, falls sich die Nation, deren Kraft der Kanzler beschwört, nach einer Pause von fünfzig Jahren zu einer richtigen Hauptstadt aufrafft, also nicht länger mit einer bloßen Geschäftsstelle zufrieden ist. Die konservative Union prägte mit Westintegration und Marktwirtschaft den Bonner Staat, dessen Symbol die DM war. Jetzt beginnt die Berliner Republik mit einer Linksunion; die politische, wirtschaftliche und mentale Westverlagerung Deutschlands wird ergänzt werden durch ein umfassend konstruktives Engagement in den Staaten östlich von uns. Sie werden in Berlin ungleich stärker ins Blickfeld rücken als am Rhein. Andererseits hat zu Beginn dieses Jahres das waghalsige westeuropäische Experiment des Euro begonnen, das – wenn es gelingt – die Verschmelzung des Kontinents bewirken könnte, in jedem Falle aber die Europäische Union vor eine große Bewährungsprobe stellt. Deutschland steht also vor einer Reihe neuer, ungewohnter Herausforderungen. Vieles spricht dafür, daß wir zwischen Ost und West, zwischen Freiheit und Gleichheit nach außen und im Innern eine neue Balance finden müssen. Die künftige

Synthese, so ist zu vermuten, wird dem neuen, jetzt schon populären Namen der kommenden Berliner Republik Inhalt und Sinn geben.

II.

Vielleicht werden wir sogar eine neue Verfassung brauchen. Es war gut, daß wir ein solches Vorhaben 1990 nicht angepackt haben, denn die Runden Tische damals konnten kaum überzeugen. Aber in Zukunft kann sich die Frage nochmals und anders stellen. Je nach politischem Geschmack wird bei uns Margaret Thatcher oder Tony Blair gepriesen. Jedoch ist in Deutschland vollkommen undenkbar, was erst die eine, dann der andere in den ersten Monaten ihrer Regierungszeit gestaltend zustande gebracht hat. Unser Grundgesetz räumt einer siegreichen Koalition keine vergleichbaren Gestaltungsmöglichkeiten ein, macht tatkräftiges Regieren kaum möglich. Das deutsche Regierungssystem von 1949 entstand unter dem Eindruck der Katastrophe, zu der die Diktatur geführt hatte. Vom Nationalsozialismus geschockt, haben die Verfassungsväter eine ausgewogene Machtbalance ersonnen, die eher der Immobilität und dem Stillstand Vorschub leistet, welche ohnehin in unserer Konsensgesellschaft naheliegen. Das wird sich in Krisenzeiten fatal bemerkbar machen.

Möglicherweise hat das Grundgesetz, unsere verfassungspatriotische Grundlage, seine beste Zeit hinter sich. Beispielsweise bedarf der deutsche Föderalismus einer Neuordnung. Einiges mag inzwischen dafür sprechen, ihn ganz abzuschaffen. Theoretisch könnte man ihn auf Verwaltungsaufgaben und die regionale Traditionspflege mit Fahnen und Landesvätern reduzieren. Das Grundgesetz jedoch verbietet absolut seine Beseitigung, und wir haben in unserer langen Geschichte gute Erfahrungen mit ihm gemacht. Also muß er neu geordnet werden. Man sollte dem Bund, den Ländern und Kommunen je eigene Aufgabenbereiche und entsprechende eigene Finanzquellen zuweisen, also die volle Verantwortung auf den ihnen eingeräumten Feldern übertragen. Die Konstruktion des Bundesrates, die aus dem Bismarckreich stammt – also unter ganz anderen Voraussetzungen geschaffen wurde –, ist antiquiert. Welche Rechtfertigung soll es auf Dauer dafür geben, daß der Bundesrat der Regierung immer wieder in den Arm fällt, ohne selbst Verantwortung im Gesamtstaat zu übernehmen? Es war beschämend, in welchem Maße sich die Länder bei der Wiedervereinigung verweigert haben. Auch jetzt ist bereits zu sehen, daß die neue Bundesregierung, obwohl die

Mehrzahl der Länderregierungen ihrer Couleur ist, mit dem Widerstand der Länder rechnen muß.

Das Verhältnis von Bund und Ländern muß also neu bedacht werden. Aber es geht nicht nur um dieses Thema. Auch eine Direktwahl des Bundespräsidenten und neue Kompetenzen für ihn sind ebenso zu erwägen wie die Einführung des Mehrheitswahlrechts, das starke Kräfte der Union wie der SPD in den sechziger Jahren einführen wollten, die entsprechende Beschlüsse beinahe getroffen hätten. Alle diese verfassungspolitischen Gedanken sind vorerst freilich bloße Theorie. Erst nach einer großen Erschütterung, einer revolutionären Bewußtseinsänderung wird eine grundlegende Umgestaltung der Verfassung denkbar werden. Vielleicht haben wir Glück, und der Druck der Verhältnisse erzwingt eine andere Regierungspraxis. Dann könnten wir beim Grundgesetz bleiben. Goethe, den wir in diesem Jahr nicht grundlos feiern, hatte jedenfalls recht, als er sagte, das größte Bedürfnis der Menschen sei eine mutige Obrigkeit.

III.

Vielleicht fällt es anderen Völkern leichter, ihre Probleme zu lösen, weil sie sich nicht nur geographisch, sondern auch historisch bei sich mehr zu Hause fühlen. Die Rückkehr nach Berlin kann die Heimkehr in die deutsche Geschichte bedeuten. Das erschreckt viele. Aber sie bietet auch Chancen, unserem Lande eine festere Grundlage für ein Selbstgefühl zu verschaffen. Dem Zeitklima entspricht derzeit der Rückblick, während es Perioden gab, in denen sich die Gesellschaft in utopischen Zukunftsentwürfen wiederfand. Wir sind am Beginn einer Phase, in der die deutsche Geschichte neu Gewicht gewinnt.

Es wäre unsinnig zu behaupten, Geschichtskennntnis führe zur Verherrlichung der Vergangenheit. Die Geschichte lehrt, wie es zu Erfolgen *und* Niederlagen kam, was Fortschritt *und* Reaktion ausmachen, was bedeutend wurde und was Schwierigkeiten abgerungen ist. Sie gibt Fingerzeige für das eigene Leben, wonach man streben oder was man besser bleiben lassen sollte. Die Kenntnis der Geschichte gerade auch im Kleinen, im lokalen Rahmen, vermittelt Einsichten, die bescheiden werden lassen, von aller Besserwisserei abhalten.

Wer unsere Vergangenheit unvoreingenommen wahrnimmt, wird rasch von der verbreiteten Vorstellung Abschied nehmen müssen, wir seien klüger und tapferer als unsere Vorfahren oder auch

nur als die Generation vor uns. Wer sich neugierig und aufgeschlossen (und nicht im Gefühl der Überlegenheit, das immer unberechtigt ist) verschiedenen Phasen der Vergangenheit zuwendet, wird überraschende Entdeckungen machen. Der große Vorteil gegenüber allen spekulativen Visionen und gedanklichen Konstruktionen, die nur Behauptungen sind, ist bei der Geschichte die Gewißheit, daß man im vergangenen Leben frühere Wirklichkeit aufspürt. Man wandert auf Wegen, auf denen vor uns andere sich erprobt haben – auch wenn sie dabei manchmal gescheitert sind.

Die unbefangene Neugier aber, früheres Leben zu entdecken, ist uns seit Jahrzehnten verleidet. Denn deutsche Geschichte wird weithin nur mit jenen zwölf Jahren gleichgesetzt. Im Mittelpunkt deutscher Selbstverständigungsversuche steht bisher monolithisch die NS-Vergangenheit, der Eisblock der Verbrechen jener Zeit. Im zunehmenden zeitlichen Abstand zu jenen Ereignissen sind die dunklen Schatten, die er wirft, immer länger geworden. Vielleicht wären die Nationalsozialisten längst vergessen, wenn sie nicht diese Untaten zu verantworten hätten. Diese Verbrechen sind das einzige, was wir jetzt noch mit ihrer Ära verbinden. Der Berliner Sozialwissenschaftler Alexander Schuller hat 1998 im Augustheft des „Merkur“ unter der Überschrift „Mythos Mord. Über den Totalitarismus“ die Frage aufgeworfen, woher die verquere Anhänglichkeit an den Terror komme. Kann es sein, fragt Schuller, daß Nationalsozialismus wie Kommunismus nicht trotz, sondern wegen der vielen Morde faszinieren, die sie auf dem Gewissen haben? Paradoxerweise, schreibt Schuller, rette die weltweite Erinnerung an den Holocaust das Dritte Reich vor dem Abgrund des Vergessens. Das Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor werde die jüdischen Opfer beklagen, zugleich aber die Wirkungsmacht des Nationalsozialismus feiern. „Der Mythos ist stärker als alle Vernunft.“

Welcher Mythos? Welchen geheimnisvollen Sog übt der politische Mord auf die Phantasie gerade von Intellektuellen aus? „Wer mordet, beansprucht historische Legitimität. Damit kann eine neue Elite ihren Anspruch auf Macht dokumentieren und realisieren. Durch Tod zum Leben ist ein biblisches Prinzip, aber dialektisch gewendet erhält es auch den Appell, daß nur derjenige zum Leben kommt, der selbst tötet, das blutige Schwert der Apokalypse führt.“ Wer andere töte, partizipiere am Mythos der Unsterblichkeit. Der Totalitarismus stelle den Versuch dar, die Vergänglichkeit, die Nichtigkeit des Menschen manifest zu machen. In diesem Sinne sei das Morden des Totalitarismus ein mythischer Akt. „Wer Kommunist ist oder Faschist, den kümmert die Realität nicht.“

Jedenfalls nicht die empirische. Kommunisten und Faschisten leben in einer anderen Welt, mitten im Mythos, in einer uns unzugänglichen geschichtlichen Leidenschaft.“

Alle Forschung, alles Nachdenken und Debattieren, Bücher, Filme oder Fernsehserien werden uns nicht von dieser düsteren Vergangenheit befreien. Sie lastet auf unserem Land. Nichts wird uns von ihr erlösen. Das müssen wir hinnehmen. Die Deutschen werden immer fragend vor diesem riesigen, schweigenden Berg stehen, diesen Eisblock ratlos umkreisen, nicht verstehen, wie es dazu kommen konnte. Sie werden keinen Trost daraus schöpfen können, daß auch unsere damaligen Gegner während des Zweiten Weltkrieges furchtbare Verbrechen an deutschen Frauen, Kindern und Greisen begangen haben. Der Vergleich entlastet nicht; er nimmt nichts weg von deutschen Untaten. An Auschwitz, an dem, wofür diese Chiffre steht, ist nichts zu retten. Es bleibt an uns haften, so lange es Deutsche gibt. Wenn das Land mit sich selbst ins reine kommen will, muß es sich mit dieser Tatsache abfinden. Die untilgbare Erinnerung muß hingenommen werden.

Nachdrücklich möchte man gleichwohl auch späteren Generationen die Einsicht ans Herz legen, die der Publizist Sebastian Haffner in seinem Buch „Von Bismarck zu Hitler“ formuliert hat: „In einer Geschichte des Deutschen Reiches dürfen wir die Judenverfolgung und die versuchte Judenausrottung nicht verschweigen. Sie ist geschehen, und sie ist ein ewiger Schandfleck auf dieser Geschichte. Aber wir können sie andererseits nicht zu den Elementen zählen, die, wie so vieles andere im Führerstaat, in der Geschichte des Deutschen Reiches von vornherein angelegt waren. Auch ohne Hitler hätte es nach 1933 wahrscheinlich eine Art Führerstaat gegeben. Auch ohne Hitler wahrscheinlich einen zweiten Krieg. Einen millionenfachen Judenmord nicht.“ Wenn die Deutschen irgendwann in der Zukunft ihren Frieden mit sich selbst machen, werden sie ihn in solchen Sätzen finden.

So schrecklich die Erinnerungen an Untaten der Vorfahren unauslöschlich auf uns lasten, so deutlich ist zugleich, daß sie nicht die ganze deutsche Geschichte ausmachen, die fast ein Jahrtausend umfaßt. Es ist falsch zu glauben, unsere Geschichte müsse und könne nur im Schatten der Vernichtungslager gesehen werden. Wir sollten uns wieder dazu ermuntern, auch an vielen anderen Orten nach unseren Wurzeln zu suchen, tiefer in unseren Vergangenheiten zu graben. Dabei wird, wer unvoreingenommen ist, durchaus viel Positives finden. Welch kulturellen, geistlichen und geistigen Reichtum finden wir seit der Reformation im Raum zwischen Wittenberg und Wei-

mar! Was hat das mitteleuropäische Deutschland allein im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert in Philosophie und Wissenschaft, in Musik, Literatur und bildender Kunst, in Technik und Ökonomie der Welt gegeben! Es wäre ein großer Selbstbetrug, dies alles vergessen oder relativieren zu wollen.

Im einzelnen wird selbstverständlich jeder die Akzente anders setzen. Es kann kein einheitliches Geschichtsbild geben. Viele wichtige Erinnerungen sind überdies regional geprägt. Es ist sogar immer wieder gefragt worden, ob es überhaupt *eine* deutsche Geschichte gibt oder nicht vielmehr verschiedene, eher unverbundene Geschichten. Wie viele Dynastien – die Sachsen, Salier, Staufer, Habsburger, Hohenzollern, um nur einige besonders wichtige zu nennen –, wie viele Hauptstädte! Vielleicht ist die Vielgestaltigkeit Deutschlands, die Europa im Kleinen, Nationalen nachbildet, unser wichtigstes Kennzeichen. Nur Gleichgültigkeit uns selbst gegenüber kann dazu führen, diesen Reichtum angesichts von Auschwitz für irrelevant zu halten. Es ist eine bedauerliche Verkümmern, sich als Deutscher nichts aus der Vergangenheit positiv anrechnen zu wollen. Wir sollten uns nicht die Menschenfeindlichkeit und den Vernichtungswillen Hitlers und seiner Bewegung zu eigen machen. Wir dürfen seinen Nihilismus nicht verinnerlichen, nicht auf unsere ganze Geschichte anwenden. Sie kann sich doch insgesamt sehen lassen. Die Deutschen haben über Jahrhunderte hinweg in Europa konstruktiv gewirkt.

Goethe hatte im Zeichen der Hellas-Begeisterung gefordert: „Jeder sei ein Grieche auf seine Weise, aber er sei's.“ Das gilt auch für uns Deutsche heute. Jeder sollte sich vergegenwärtigen, was ihm aus der deutschen Vergangenheit wichtig ist, und vermitteln und weitertragen, was er an unserem Volke wertvoll findet. Dabei wird immer vieles auch aus anderen Völkern ins Deutsche einfließen. Es macht unseren Reichtum aus, daß wir stets ein Transitland, ein Ort der Begegnungen und Einflüsse aus allen Himmelsrichtungen gewesen sind, eine leuchtende Farbe im großen europäischen Teppich.

IV.

Eine aufgeschlossene Grundeinstellung, die Bejahung unseres Volkes durch die Deutschen, wird befreiend wirken. Sie wird keinesfalls heißen, obwohl das manche fürchten, wir würden dann den großen, schweigenden Berg vergessen. Das Gegenteil wird der Fall sein. Sobald sich die Deut-

schen als das erkennen, anerkennen, was sie über lange Strecken ihrer Geschichte gewesen sind – ein bescheidenes, menschenfreundliches, tüchtiges, auch friedliches Volk –, werden sie Auschwitz nicht mehr für das zentrale Datum, nicht für die Essenz unserer Geschichte halten und es damit leichter ertragen können.

Dafür bedarf es auch öffentlicher Emotionen. Die Bundesrepublik war lange Zeit aus guten Gründen stolz darauf, ein ganz und gar rationales Gebilde zu sein. Alle Politik, aller Erfolg wurden nur daran gemessen, wie viel Geld ‚gemacht‘ und bewegt wurde, was finanziell den Bürgern angeboten werden konnte. Selbst die unerhörte Begebenheit der Wiedervereinigung wurde nicht als das Glück einer Rückkehr kulturell reicher Gebiete in das gemeinsame Land gesehen, sondern vor allem unter dem Gesichtspunkt betrachtet, was sie kostet. Diese Reduzierung unserer Lebenseinstellung ist ebenso bedauerlich, wie sie erklärlich war als Reaktion auf den Mißbrauch aller Emotionen im Dritten Reich.

So, wie Gefühle für jeden einzelnen unerlässlich sind, wenn er nicht krank werden soll, spielen öffentliche Emotionen für jedes Land eine wesentliche Rolle. Von ihnen hängt die innere Balance, Festigkeit und Ausstrahlung ab. Wer sich als einzelner nicht bejahen kann, ist für seine Umgebung kein Vergnügen, sondern eine Last. So lange die Deutschen sich mit ihrem negativen Nationalgefühl, ihrem Selbsthaß quälen, werden sie für andere unberechenbar sein. Wir werden für uns wie für unsere Nachbarn erfreulicher, wenn wir lernen, ohne negative Selbstüberhebung gern Deutsche zu sein.

Man hat gesagt, daß eine Nation an ihrer Überzeugung zu erkennen sei, große Dinge in der Vergangenheit getan zu haben, und an der Entschlossenheit, sie auch in Zukunft zu tun. Sind wir eine Nation, wollen wir Großes tun? Es gibt seit langem ein seltsames Schwanken bei uns zwischen einer jedenfalls rhetorisch weltweiten Beglückungsbereitschaft und einer kleinmütigen, zerknirschten Selbstverleugnung. Die Deutschen wissen im Grunde nicht, was sie wirklich wollen sollen in dieser Welt. Sie besaßen nie eine eigene zivilisatorische Idee, wußten nie, in welche Formeln sie das, was ihnen als wertvoll vorschwebte, kleiden sollten, um es anderen Völkern nahezubringen, sie für uns einzunehmen. Die Russen hatten den Panslawismus, die Franzosen ihre Revolution von 1789, Briten und Amerikaner ihre langen demokratischen Traditionen. Bei uns nichts dergleichen, sondern Orientierungsschwierigkeiten, Unberechenbarkeiten. Das macht uns haltlos, erschwert auch alle Diskussionen über Einbürge-

rungen und Staatsangehörigkeiten. Was meinen wir mit Integration? Welche Werte sollen gelten? Was erwarten wir von neuen Mitbürgern? Welche Kenntnisse müssen sie nachweisen, welche Leistungen erbringen?

Wenn unser Deutschland nur eine Versorgungsgemeinschaft und Umverteilungsagentur von Geldern und Chancen wäre, würde es keinen Bestand haben, könnte es Selbstgefühl und Würde nicht zurückgewinnen. Jeder weiß aus seinem eigenen Leben, daß man nicht allein von materiellen Leistungen leben kann. Seelische Kräfte spielen eine entscheidende Rolle. Was wollen wir aus den letzten fünf Jahrzehnten in das Erbe der Menschheit einfließen lassen? Gibt es Leistungen der DDR, die in das Gedächtnis der Welt eingehen können? Kaum. Und die Bundesrepublik? Im Wahlkampf von 1972 betonte Willy Brandt den Stolz auf das eigene Land, auf das Modell Deutschland, unter dem man damals wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften, Mitbestimmungsmodelle, weit geöffnete Bildungssysteme verstand. Heute betrachten wir all dies nicht ohne Skepsis. Aber die Bundesrepublik kann stolz darauf sein, daß sie über ein halbes Jahrhundert hinweg – die längste gute Phase, die wir in der neueren Geschichte gehabt haben – eine weltweit geachtete, lebendige Demokratie, eine kraftvolle Wirtschaft, umfassenden Rechtsschutz und ein leistungsfähiges Sozialsystem entwickelt hat. Diese Pfeiler unseres Selbstvertrauens sind fest in den Köpfen und Herzen der Mitbürger verankert.

Was bisher noch fehlt, hat der Ungar György Konrád, der Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Künste, im März 1998 angedeutet. Bei der Eröffnung einer Ausstellung im Deutschen Historischen Museum über die Mythen der europäischen Nationen fragte er: Was hält Gemeinschaften zusammen, was Regionen und Familien, Nationen und Parteien? Es seien die gemeinsamen Märchen, das, was wir lesen, worin wir unterwiesen werden, was wir auf Schritt und Tritt hören, etwa im Radio, wovon in der Familie oder der Kneipe die Rede sei, was wir uns durch Bildung aneigneten. Der Mensch habe das Bedürfnis, irgendwohin zu gehören: „Jede Nation braucht eine Abstammungssage, ruhmreiche Anekdoten und Erinnerungen an gemeinsame Leiden. Wenn wir keine Geschichte haben, existieren auch wir selbst nicht.“ Zu den religiösen Festen, sagt Konrád, gesellten sich die nationalen. Die Erzählungen, die an sie anknüpfen, hätten emotionale Wirkungskraft. An den Loyalitäten gegenüber dem Mythos lasse sich die Loyalität der Bürger zum Staat ablesen. Offenbar gebe es das Bedürfnis, vom gemeinsamen Selbst gelegentlich ergriffen zu sein. Man brauche erhebende Feste, bei denen

man die Alltäglichkeit hinter sich lasse. „Die sonn-
täglichen Hochgefühle sind wichtig. Nötig sind
nicht nur Wein und Fleisch, sondern auch das
Pathos.“ Was die Kirche früher war, wurde später
das Vaterland. „Die kollektiven Mythen sind
unvermeidlich. Lediglich ihr Äußeres wandelt
sich.“ In der erwähnten Ausstellung wurden die
Mythen der Völker an Beispielen illustriert. Für
die Deutschen des neunzehnten Jahrhunderts
waren wichtig u. a. die Schlacht im Teutoburger
Wald, der Tod Barbarossas, die Reformation als
nationalgeschichtliches Ereignis, die Befreiungs-
kriege und die Reichsgründung. Heute sähe die
Auswahl sicher etwas anders aus.

V.

Selbst wer nicht weit in die Vergangenheit zurück
möchte, findet in der Mitte unseres zwanzigsten
Jahrhunderts zwei Ereignisse in Deutschland, die
„mythenfähig“ sind, Vorbildcharakter haben und
Anlaß zur Freude, Gelegenheit zu gemeinsamem
Stolz bieten. Der 3. Oktober, unser jetziger Natio-
nalfeiertag, gehört nicht dazu. Er ist nichtssagend,
inhaltsleer, nicht überhöhungsfähig. Kaum jemand
weiß, weshalb wir gerade diesen Tag feiern. Wer
herumfragt, wird selten eine richtige Antwort
hören. Die Benennung dieses Tages war ein Miß-
griff. Kein Wunder, daß jede öffentliche Diskus-
sion vermieden wurde.

Der frühere Nationalfeiertag der Bonner Repu-
blik, der 17. Juni, war bis zur Wiedervereinigung
problematisch. Denn die Westdeutschen feierten
etwas, was die DDR-Deutschen acht Jahre nach
dem Kriegsende getan hatten. Seit die beiden Teile
des Landes wieder zusammengekommen waren,
fiel dieser Einwand weg. Im Gegenteil sprach –
und spricht immer weiter – viel dafür, diesen Tag
jetzt gesamtdeutsch zu begehen und dabei den
Heroismus der Ostdeutschen zu feiern. Es wäre
nur gerecht gewesen, wenn die Zivilcourage unse-
rer Landsleute auf diese Weise dauerhaft gewür-
digt worden wäre. Obendrein hätte man damit den
Herbst 1989 in die richtige historische Perspektive
gerückt. Denn was 1953 an den sowjetischen Pan-
zern gescheitert war, wurde ohne das Eingreifen
der Russen 36 Jahre später zum Erfolg.

Unser Volk quält sich zu Recht mit seinem natio-
nalsozialistischen Erbe. Um so unverständlicher
ist, daß es sich auch schwertut mit erhebenden
Erinnerungen seiner Geschichte, auf die es stolz
sein könnte, über die es glücklich sein müßte. Was
haben die Franzosen aus dem Sturm auf die

Bastille gemacht, einem – historisch genau
betrachtet – bescheidenen, risikoarmen Ereignis!
Und wir? Unser Land ist nicht so reich an ein-
drucksvollen Freiheitsbewegungen, daß es sich
Vergeßlichkeit erlauben dürfte und leisten könnte.

Ein großer Augenblick unserer Geschichte waren
tatsächlich die Tage und Taten des 16./17. Juni
1953. Erstmals im damaligen Ostblock, drei Jahre
vor den Ereignissen in Polen und Ungarn 1956,
fünfzehn Jahre vor dem tschechoslowakischen
Frühling 1968, kam es in jenen Junitagen im sowje-
tisch besetzten Teil Deutschlands zu einer macht-
vollen Erhebung. Innerhalb weniger Stunden
wuchs ein Demonstrationszug, mit dem Bauarbei-
ter der Stalin-Allee gegen die administrativ ver-
ordnete Lohndrückerei des SED-Regimes aufbe-
gehrten, zu einem wirklichen Volksaufstand in der
gesamten DDR an. Der 16./17. Juni war eine
Revolte aus dem Volke – spontan, ohne eigentli-
che Führung, von anrührender Humanität. Denn
man hat damals, vielleicht naiv, statt Bahnhöfe,
Postämter, Rundfunksender zu besetzen, als erstes
unschuldig eingesperrte Landsleute, politische
Gefangene, zu befreien versucht. Im Laufe weni-
ger Stunden beteiligten sich in Hunderten von
Orten viele Hunderttausende von Menschen.
Höhepunkt waren überall Massenkundgebungen,
bei denen spontan die Einheit und Freiheit
Deutschlands gefordert wurde: Menschenrechte,
freie Wahlen, Demokratie.

Seit 1945 hatte die Sowjetunion gewaltsam die
Umgestaltung ihrer Zone vorangetrieben, seit
Sommer 1952 die rücksichtslos forcierte, sozialisti-
sche Verformung unerträgliche Ausmaße ange-
nommen. Über eine Million Menschen waren in
den Westen geflohen. Unter denen, die blieben,
wuchs die Empörung, die sich nach Stalins Tod
explosionsartig Luft machte. Hätten damals die
Russen nicht gewaltsam eingegriffen, wäre das
Regime, dessen Führer die Hauptstadt bereits
fluchtartig verlassen hatten, schon im Sommer
1953 und nicht erst im Herbst 1989 von dieser ele-
mentaren Volksbewegung hinweggefegt worden.
Was vor einem Jahrzehnt glücklich gelang, endete
1953 in Erschießungen, in langen Einkerkerungen.
Tausende mußten in Gefängnissen ihren Freiheits-
willen büßen.

Der 17. Juni war und ist – seit 1989 erst recht – für
immer ein Anlaß stillen deutschen Stolzes. Der
Mut, die Entschlossenheit der Männer und Frauen
unseres Volkes, die für die Ziele dieses Tages viele
Jahre der Haft, ja in mehr als hundert Fällen ihr
Leben hingegeben haben, müssen im Gedächtnis
der Nation bewahrt werden. Denn wofür sie ein-
traten, bildet heute und in Zukunft die Grundlage
unseres gemeinsamen, jetzt glücklich wieder ver-

einten Staates: Deutschlands Einheit in Freiheit, der Menschlichkeit verpflichtet, eine wirkliche Demokratie.

Das andere der beiden großen erinnerungswürdigen Ereignisse unserer jüngsten Geschichte ist der 20. Juli 1944. An diesem Tage explodierte wenige Meter von Hitler entfernt bei der Lagebesprechung im Führerhauptquartier nahe Rastenburg eine Bombe, die dort unter dem Kartentisch von dem jungen, schwer kriegsverletzten Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Vater von vier kleinen Kindern, deponiert worden war. Als Generalstabsoffizier gehörte er zu den ganz wenigen, die Zugang zum Führer hatten. Hitler blieb unverletzt. Noch am Abend des gleichen Tages wurde Stauffenberg im Hof des Berliner Bendlerblocks zusammen mit drei Mitverschwörern erschossen. Mit dieser Tat hat Stauffenberg ein rascheres Kriegsende herbeizuführen und die Ehre Deutschlands zu retten versucht.

Bei der Opposition gegen Hitler handelte es sich um eine Ansammlung höchst ungleichartiger, nach Herkunft, Denkungsart und politischer Richtung in vieler Hinsicht voneinander verschiedener einzelner. Im Grunde wußte jeder, daß der Staatsstreich ohne ernsthafte Erfolgchance war. Selbst ein gelungenes Attentat hätte das Land nicht aus dem Würgegriff der Machthaber befreit. Der Kampf um Hitlers Erbe im Inneren hätte dann erst begonnen, sein Ausgang wäre ungewiß gewesen. Es gab außerdem keinerlei Aussicht, an der bedingungslosen Kapitulation vorbeizukommen, auf die sich die Kriegsaliierten verständigt hatten. Insofern ist immer wieder argumentiert worden, es sei gut gewesen, daß der Anschlag auf Hitlers Leben in der ostpreußischen „Wolfschanze“ scheiterte. Denn er hätte zum Bürgerkrieg führen können, hätte vor allem mit einer neuen Dolchstoßlegende den Beginn der späteren Bundesrepublik schwer belastet. Auf der anderen Seite steht solchen Erwägungen gegenüber, daß eine immerhin denkbare frühere Beendigung des Krieges nach dem Tode Hitlers Millionen Menschen das Leben gerettet, anderen unsägliches Leid erspart, auch die weitere Zerstörung vieler unserer historischen, wunderschönen Städte verhindert hätte.

Aber bei der Würdigung dieses Tages kommt es auf solche Erwägungen nicht an. Der 20. Juli war vor allem eine symbolische Tat. Darin lag sein Sinn, seine Rechtfertigung. Gerade die Aussichtslosigkeit des Unternehmens hat ihm seine moralische Größe gegeben. Ohne Rückhalt im eigenen Volk und ohne Ermutigung des Auslands haben die Verschwörer im Grunde aus Selbstachtung gehandelt, aus Verantwortungsgefühl unserem Volk gegenüber. Deutsche Soldaten wollten unter

Einsatz ihres Lebens ein Beispiel geben. Der 20. Juli war eine heroische Tat, die Tausende unserer besten Köpfe mit dem Leben bezahlt haben.

VI.

Schon diese beiden Daten unserer jüngsten Vergangenheit zeigen, daß auch unser Volk Anlaß hat, stolz zu sein. Im einen Falle waren es Angehörige der Elite aller politischen Richtungen, die sich gegen die Tyrannei erhoben haben, im anderen war es eine spontane Massenbewegung. In beiden Fällen ging es um die Würde des Menschen, um Gerechtigkeit, Verantwortung für das Gemeinwesen. Man muß also gar nicht weit zurückgehen, dann findet man auch in Deutschland bewundernswerte Beispiele des Freiheitswillens und des Mutes. Dazu gehört auch die spätere Opposition in der DDR, die von der Staatssicherheit verfolgt wurde; dazu gehört das Datum des 9. November 1989 in Berlin.

Traditionen verstehen sich nicht von selbst. Sie können auch nicht beliebig geschaffen werden. Andererseits hat uns der Historiker Eric Hobsbawm belehrt, wie viele ehrwürdige Traditionen, die wir für althergebracht halten, relativ jung sind, etwa in England erst im neunzehnten Jahrhundert erfunden wurden. Auch die eindrucksvolle Kontinuität der französischen Nationalgeschichte von Karl dem Großen oder Ludwig dem Heiligen über Heinrich IV., Ludwig XIV., Napoleon und Charles de Gaulle bis hin zu Jacques Chirac ist nicht naturwüchsig, sondern eine bewußte Konstruktion. Sie postuliert eine Folgerichtigkeit, die die Zeitläufe nicht unbedingt besaßen.

Trotz der Probleme, die wir mit der deutschen Geschichte haben – ab und an wehleidig übertreibend –, sollten wir uns an den Franzosen in dieser Hinsicht ein Beispiel nehmen. Ohne die Brüche zu verschweigen, die auch andere Länder immer wieder erlebt haben, könnten wir einen sinnvollen, folgerichtigen Zusammenhang finden und begreifen. Man muß die Vielgestaltigkeit, Vieldeutigkeit und Offenheit unserer Geschichte annehmen. Sie ist nicht nur beunruhigend, nicht nur Anlaß zur Sorge. Man kann gleichzeitig aus ihr Mut schöpfen. Unsere Vergangenheit hat viele große Momente. Auch wir haben Anlaß zu Selbstvertrauen, Würde und bescheidenem Stolz. Was uns im letzten halben Jahrhundert gelungen ist, war nach dem Vorangegangenen nicht selbstverständlich. Es ist, alles in allem, eine großartige Leistung. Das sollte uns zuversichtlich stimmen für die Aufgaben, die vor Deutschland liegen.

Helmut Vogt

Das Herzstück der jungen Bundeshauptstadt

Die Anfänge des Deutschen Bundestages in Bonn 1949/50

Während des Hauptstadtstreits mit Frankfurt war er der manifeste Trumpf Bonns: jener weiße, moderne Bundestagskomplex an der weiten Flußbiegung des Rheins, dem Siebengebirge gegenüber. Und besonders herausgestellt im Wettlauf mit der Mainmetropole wurde der Plenarsaal – sowohl gemessen am Baufortschritt als auch an der größten Fläche, die er aufzubieten vermochte. Sie übertraf sogar diejenige seines Pendantes im einstigen Berliner Reichstagsgebäude um ca. ein Drittel¹.

Zwar hatten die Väter und Mütter des Grundgesetzes am 10. Mai 1949 die rheinische Universitätsstadt zum provisorischen Sitz von Parlament und Regierung erwählt. Aber der Bundestag konnte, kaum in Bonn zusammengetreten, den Beschluß umstoßen und nach Frankfurt umziehen. So forderten es die Hessen, große Teile der SPD und auch der überwiegende Teil der Presse. Am 3. November 1949 würde es zur finalen Abstimmung kommen. Dann hieß es vorläufig-endgültig: Bonn oder Frankfurt?

Der Bundestag im Kalkül der Verfechter einer „rheinischen Hauptstadt“

Kein Wunder also, daß sich die Bonn-Lobby ganz auf die Abgeordneten einstellte². Ihr Arbeitsplatz gehörte zum Feinsten, was im zerstörten und bitterarmen Nachkriegsdeutschland aufzubieten war. Die Pädagogische Akademie, der Kern des Bundeshauses, lag an einer der schönsten Stellen des Mittelrheins; Nordrhein-Westfalen investierte großzügig in ihren Um- und Ausbau. Denn hätte man die von den Ministerpräsidenten erhaltene Vorbereitungsaufgabe zu restriktiv gehandhabt, wären im September 1949 Unzulänglichkeiten wahrscheinlich und Pannen zu befürchten gewesen. Dann konnte es heißen, Bonn habe, wie nicht

1 Vgl. Gisbert Knopp, Das Bundeshaus in Bonn. Von der Pädagogischen Akademie zum Parlamentsgebäude der Bundesrepublik Deutschland, in: Bonner Geschichtsblätter, 35 (1984), S. 269.

2 Vgl. Helmut Vogt, „Der Herr Minister wohnt in einem Dienstwagen auf Gleis 4“. Die Anfänge des Bundes in Bonn 1949/50, Bonn 1999, S. 32.

anders zu erwarten war, bereits im ersten Testlauf seine fehlende Eignung hinlänglich bewiesen, und unter dem frischen Eindruck schlechter Arbeits- und Wohnbedingungen hätten die neuen Bundestagsabgeordneten den schnellstmöglichen Fortzug von Parlament und Regierung beschlossen.

Legte man hingegen im Werben um die Stimmen der künftigen Parlamentarier die Vorgaben zu großzügig aus, bestand für das als „Geschäftsführer ohne Auftrag“ handelnde Nordrhein-Westfalen die Gefahr der Verschwendung erheblicher finanzieller Mittel, konnten doch die übrigen Länder bei einer späteren Abrechnung der verauslagten Gelder ihren jeweiligen Anteil herabsetzen.

Solche Erwägungen ermutigten die Bonn-Befürworter, in ihren Planungen mit zwei unterschiedlichen Zeithorizonten zu arbeiten: Erstes Etappenziel mußte eine ordentliche Konstitution von Bundestag und Bundesrat sein, unmittelbar gefolgt von einem reibungslosen Ablauf der Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung. Nur durch die Überzeugung einer Mehrheit von Bundestagsabgeordneten konnte schließlich ein Verlegungsbeschluß nach Frankfurt durch den neuen Vertreter des Souveräns verhindert werden. So sah es auch der hinter den Kulissen sehr aktive Konrad Adenauer, als er in einem seiner zahlreichen Brandbriefe an Parteifreund Karl Arnold den NRW-Landeschef bat, „bei der Ministerpräsidentenkonferenz in unauffälliger Weise dafür zu sorgen, daß der Bundestag nicht vor dem 8. oder 15. September zusammentritt. Dadurch würde für die Bauarbeiten hier in Bonn sehr wertvolle Zeit gewonnen werden.“³

Konzeption, Bau und Einrichtung des Bundeshauses

Während an den Schwarzen Brettern der Universitäten Suchanzeigen für Stenographen ein Näherücken der Parlamentseröffnung ankündigten, ging in Bonn der Umbau der Pädagogischen Akademie planmäßig voran. „Das Schwergewicht zwischen Altbau und Neubau hat sich jetzt verschoben“,

3 Konrad Adenauer, Briefe 1949–1951, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1985, Nr. 61 vom 4. 8. 1949 (S. 74); Henning Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt a. M. 1994, S. 503, 507.

konstatierte Hermann Wandersleb, der mit der Gesamtplanung befaßte Chef der NRW-Staatskanzlei, am 30. August⁴. Drei Wochen zuvor war das örtliche Vorbereitungsteam übereingekommen, das Gebäude fortan konsequent „Bundeshaus“ zu nennen.

Ursprünglich hatte der Architekt Hans Schwippert, dessen Büro von der Landesregierung mit dem Umbau der Pädagogischen Akademie beauftragt worden war, im Inneren des Plenarsaals eine kreisrunde Sitzordnung vorgesehen. Für die Regierung war ein Sektor des Kreises gedacht, ein Rednerpult fehlte, alle Redner sollten von ihren Plätzen aus sprechen⁵. Regierung und Opposition in einem parlamentarischen Rund vereinigt, die vorweggenommene Idee einer Politik des „Runden Tisches“ – solch radikale Traditionsbrüche waren nicht mit Adenauers Vorstellungen eines politischen Wiederbeginns zu vereinbaren. Es sei dahingestellt, ob er als Präsident des Parlamentarischen Rates mit der schulzimmerähnlichen Vortragsbestuhlung und der herausgehobenen Regierungsbank dezidiert auf Ordnungssymbolik und hierarchische Unterscheidung setzte⁶. Fest steht, daß ihm die „politisch-symbolische Dimension des Plenarsaal-Neubaus für die Selbstdarstellung der jungen Demokratie“ bewußt war⁷. Wo Schwipperts ursprüngliches Konzept einen Neuanfang wagte, wollte Adenauer den jungen Staat wegen seiner noch stark beschränkten Souveränität zumindest nach außen als ernstzunehmende Größe ausgestattet sehen⁸.

Weitgehend durchsetzen konnte der Architekt seine Vorstellungen bei der Konstruktion der Bürogebäude. Zwischen dem Bundestagsflügel im Süden und dem für den Bundesrat neubauten Nordflügel zog sich in ganzer Länge der eingeschossige Restaurantneubau mit seiner Glasfront zur Rheinseite hin. Seine Fenstertüren öffneten sich auf eine große Gartenterrasse. Mit einem Fassungsvermögen von 800 bis 1 000 Personen war das Restaurant recht groß dimensioniert und daher auch nicht nur für Abgeordnete bestimmt.

4 Hans-Dieter Kreikamp (Bearb.), Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5: Januar bis September 1949, München – Wien 1981, Dok. 79 (S. 1079).

5 Vgl. Gisbert Knopp, Der Plenarsaal des Deutschen Bundestages, Hans Schwippert und seine Planungsideen für das erste „moderne“ Parlamentsgebäude der Welt, in: 40 Jahre Bundeshauptstadt Bonn 1949–1989, Karlsruhe 1989, S. 62.

6 Vgl. Jan Thorn-Prikker, Keine Experimente. Alltägliches am Rande der Staatsarchitektur, in: Ingeborg Flägel/Wolfgang Jean Stock (Hrsg.), Architektur und Demokratie, Stuttgart 1992, S. 251.

7 Heinrich Wefing, Parlamentsarchitektur, Berlin 1995, S. 167.

8 Vgl. J. Thorn-Prikker (Anm. 6), S. 250.

Bundeshaus und Ministerien erhielten „eine einfache, aber gediegene Erstausrüstung“. Die verwendeten Möbel sollten, „starker, z. T. höchster Beanspruchung gewachsen sein, ggf. wiederholten Umtransport aushalten können und möglichst eine Haltbarkeit von 10–15 Jahren besitzen“, erläuterte die Landesregierung gegenüber dem Rechnungshof die Beschaffungsgrundsätze⁹. Neben dem Provisoriumsgedanken, der sich durch alle Bau- und Ausstattungsüberlegungen zog, schlugen sich hier auch die schlechten Erfahrungen nieder, die man seinerzeit bei der Einrichtung der Verwaltungen des Frankfurter Wirtschaftsrates mit Billigmöbeln gemacht hatte. Die Beschaffungsstelle des Büros Bundeshauptstadt inventarisierte im August 1949 die noch brauchbaren Möbel der Bizonenverwaltungen, „um den Bestand der Möbel bei den Dispositionen in Bonn berücksichtigen zu können“. Ein erheblicher Teil ging beim Transport zu Bruch, der Rest wurde im Bundeshaus eingesetzt und auf die Ministerien verteilt¹⁰.

Wie er selbst erläuterte, stattete der Architekt Schwippert die großen Büroflügel, angefüllt mit „Sitzungsräumen, Treppen, Fluren und vielen Zimmern, kleinen Zimmern vor allem, möglichst vielen wohnlichen Zellen für einen Menschen . . . alle mit gleichen Möbeln“ aus, „nicht anders der Präsident, nicht anders der Minister als das Vorzimmer, die Sekretärin. Und hier wieder nichts von ‚repräsentativen‘ Leihgaben der Vergangenheit, sondern leichte Geräte, die dienen und nichts verbergen, Raum lassen und die Bewegung des Menschen, der Gedanken und der Dinge erlauben.“¹¹ Gisbert Knopp sieht das Bundeshaus als modernen, bewußt demokratischen Definitionsversuch konzipiert, als Identifikationssymbol und politisches Bekenntnis: „Es war eine demonstrativ schlichte Architektur von programmatischer Selbstbescheidung als Grundlage für den ‚vorläufigen‘ Neubeginn, entstanden aus einer inneren Freiheit in großer Not und Armut. In der Transparenz und Beweglichkeit einer Architektur aus Stahl und Glas sollten sich die Freiheiten einer neuen Gesellschaft äußern und zugleich politische Transparenz symbolisiert werden . . . (Schwippert) nutzte die Chance, das Gebäude als Ausdruck der gesellschaftlichen Ordnung für die Repräsentanten des demokratischen neuen Anfangs zu schaffen.“¹²

9 Stadtarchiv und Wissenschaftliche Stadtbibliothek Bonn (= StA Bonn), N 80/21, Stellungnahme vom 15. 11. 1950 zum Bericht des Landesrechnungshofs vom 5. 8. 1950.

10 StA Bonn, Sammlung Wandersleb 19, Vermerk Becker vom 4. 8. 1950.

11 Hans Schwippert, Das Bonner Bundeshaus, in: ders., Denken, Leben, Bauen, Düsseldorf – Wien 1982, S. 183 f.

12 Gisbert Knopp, Das (alte) Bundeshaus, in: Geschichte im Westen, 3 (1988), S. 188 f.

Termindruck und ungeklärte Kompetenzen

Am Nachmittag des 30. August 1949 besichtigte das Gros der Mitglieder des Technischen Ausschusses der Ministerpräsidenten noch einmal die Baustellen in Bonn. Das Ergebnis war entmutigend: Die Bestuhlung des Sitzungssaales lag noch in Bad Oeynhausen. Die Fraktionsräume waren noch im Bau. Es erschien nicht sicher, ob zumindest ein Teil der Räume rechtzeitig für Ausschusssitzungen fertiggestellt werden konnte¹³. Eine gute Woche später hieß es, alle Arbeiten am Bundeshaus seien termingerecht abgeschlossen worden. Auch wenn in der Realität noch einiges zu tun blieb, war dies eine zu Recht immer wieder herausgestellte Leistung in einer Zeit der Baustoffkontingentierung, zumal niemand dem Architekten vor Beginn seiner Arbeit einen präzisen Plan der parlamentarischen Funktionsabläufe vorlegen konnte¹⁴.

Hinzu kamen Kompetenzüberschneidungen. Schwippert arbeitete als künstlerischer Bauoberleiter im Landesauftrag; die örtliche Bauleitung lag bei einem Ingenieur des Wiederaufbau-Ministeriums, dem am 18. Juni 1949 als Dienstaufsicht die Hochbauabteilung der Kölner Bezirksregierung vorge setzt wurde. Adenauers Interventionen schließlich sind ebenso gut belegt wie zu diesem Zeitpunkt schwach begründet: Der Noch-nicht-Bundeskanzler sah sich wohl durch die abgeschlossene Tätigkeit als Präsident des in der Akademie tagenden Parlamentarischen Rates legitimiert. In der Praxis führten der enorme Zeitdruck und die aufgeführten Umstände zu erheblichen Überschreitungen des Kostenrahmens. Da „die für die Durchführung der Bauarbeiten notwendigen Zeichnungen oft nicht so rechtzeitig von dem Architekten fertiggestellt wurden, daß die Arbeiten von der Bauleitung im Wettbewerb vergeben“ werden konnten, fiel das kostendämpfende Instrument der Ausschreibung zuweilen aus, ein Umstand, der später zu erheblichen finanziellen Auseinandersetzungen zwischen dem Bundesfinanzminister und dem Vorbereitungsland Nordrhein-Westfalen führen sollte¹⁵.

Die Konstituierung der Verfassungsorgane im September 1949

Härte und Grobheit in der Verteufelung des politischen Gegners kennzeichneten den ersten Bundestagswahlkampf; zahlreiche Beobachter befürchte-

ten für die kommende Parlamentsarbeit bereits die Fortsetzung der parteipolitischen Kämpfe der Weimarer Republik. Kurt Schumachers „Amoklauf gegen alle Andersdenkenden“ setzte Adenauer ein mehr staatsmännisches Auftreten entgegen; um so wirkungsvoller und überzeugender gelangen ihm jene schlicht und beiläufig vorgebrachten Unterstellungen und Verdächtigungen, die zu seinem Politikstil gehörten. Nach einer spannenden Wahnacht sollte es noch bis zum Vormittag des 15. August dauern, bevor aus dem Büro der Ministerpräsidenten in Wiesbaden das Endergebnis verkündet wurde¹⁶. Die unter der Flagge der Sozialen Marktwirtschaft angetretene CDU konnte – zusammen mit der bayerischen Schwesterpartei CSU – insgesamt 139 Abgeordnete nach Bonn senden. Der Vorsprung gegenüber der SPD (131 Abgeordnete) war nicht üppig, doch ließ das gute Ergebnis der damals noch überwiegend nationalliberal geprägten FDP – unter Einbeziehung der konservativen Deutschen Partei aus Niedersachsen – immerhin rein rechnerisch die Fortsetzung der im Wirtschaftsrat erprobten bürgerlichen Koalition zu¹⁷. 49 Abgeordnete brachten bereits Erfahrungen aus dem Bizonenparlament ein – damit war fast die Hälfte der Mitglieder des Frankfurter Wirtschaftsrates in den Bundestag gewählt worden. Dennoch dominierten insgesamt gesehen die Neulinge: 217 Mitglieder des Hohen Hauses hatten noch nie zuvor in einem Parlament gesessen. Vinzenz Koppert, Chef des Stenographischen Dienstes beim Parlamentarischen Rat und jetzt auch beim Bundestag, summierte nach einigen Monaten Arbeit seinen Eindruck vor Fachkollegen recht drastisch: „Dieses Mal war es schon nicht mehr sehr schön. Da tauchten 402 Abgeordnete auf, von denen bestenfalls 10 Prozent etwas vom parlamentarischen Betrieb verstanden. Die anderen waren vollkommene Neulinge. Sie kommen mit Anforderungen aller Art, verstehen nichts, reden daher, daß sich einem die Fingernägel aufbiegen.“¹⁸

Mit dem Abschluß der Bundestagswahl begann für das Bonner Koordinationsteam die heiße Phase der Vorbereitung im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung über den Sitz der Bundesre-

16 Vgl. Wolfgang Benz, *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M. 1984, S. 252, 259 f., 269 f.

17 Vgl. Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland*, München 1995³, S. 21.

18 Vinzenz Koppert, „Zu Protokoll genommen“, in: Wolfgang Benz/Detlev Moos (Hrsg.), *Das Grundgesetz und die Bundesrepublik Deutschland 1949–1989*, München 1989, S. 29; Tilmann Pünder, *Das bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946–1949*, Köln – Berlin 1966, S. 282; Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer*, Stuttgart 1981, S. 86.

13 Vgl. H.-D. Kreikamp (Anm. 4), Dok. 79 (S. 1080 ff.).

14 Vgl. G. Knopp (Anm. 12), S. 186 f.

15 StA Bonn N 80/21, Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 5. 8. 1950; H. Vogt (Anm. 2), S. 246–251.

gierung und damit über die zukünftige Bundeshauptstadt. Alle Überlegungen und Maßnahmen waren jetzt darauf gerichtet, bei der öffentlich stark beachteten Konstituierung der einzelnen Staatsorgane Pannen zu vermeiden, vor allem aber die für die Bestätigung der Bundessitzentscheidung maßgeblichen Bundestagsabgeordneten für die Stadt am Rhein zu gewinnen. In der Abteilungsleiterbesprechung vom 16. August 1949 wurden die Mitarbeiter noch einmal darauf eingeschworen, „gegebenenfalls vorsprechenden Abgeordneten besonders entgegenzukommen in bezug auf die zu erteilenden Auskünfte und ihnen jegliche Unterstützung angedeihen zu lassen“.

Am 6. September 1949, einen Tag vor dem ersten Test, gab sich das Vorbereitungsteam optimistisch. Wenn hier und dort auch die Preisforderungen von Hoteliers und Privatvermietern zu korrigieren waren – Adenauer hatte in einem Brief an den Bonner Oberstadtdirektor schlicht von „Wucher“ gesprochen –, so hatte man doch alle Abgeordneten untergebracht und für Notfälle noch eine Reserve freier Hotelzimmer¹⁹. Und so konnten Stadt und Landkreis Bonn in einem gemeinsamen Presseaufruf die Bevölkerung auffordern, „ein Meer von Bundesfahnen zu hissen und in würdevoller Feierlichkeit“ am politischen Neuanfang Anteil zu nehmen. Vorsorglich orderte das Büro Bundeshauptstadt auf Kosten des Landes NRW die erforderliche „Massenverpflegung“ in Form von Würstchen und forderte von der Stadt Bonn „ein verstärktes Feuerwehrkommando“ zum Schutz der „Gebäulichkeiten des Bundesparlaments“ an. Die detaillierte Auflistung der Objekte (5 Blocks Pressehäuser, eigentliches Parlamentsgebäude, fertiger Nordflügel, fast fertiger Südflügel, Plenarsaal, Fahrerunterkunft Gronau) unterstreicht die Sorge, durch einen etwaigen Unglücksfall in letzter Minute den funktionsbereiten Parlamentskomplex und damit die wichtigste Trumpfkarte Bonns zu verlieren²⁰.

Für den ersten Zusammentritt des Bundestages hatten die Ministerpräsidenten „größere Feierlichkeit vorgesehen“²¹; eine entsprechend starke öffentliche Beachtung fand die Eröffnung des Deutschen Bundestages am Nachmittag des 7. September 1949. Ein nächtliches Gewitter hatte die Treibhausatmosphäre, die mit dem Bonner Politikbetrieb später gern assoziiert werden sollte, beseitigt, und pünktlich zum Nachmittag hellte der Himmel wieder auf, so daß zahlreiche Schau lustige an den Zufahrtsstraßen die Ankunft der

Prominenz vom Regen unbehelligt erleben konnten. Im Plenarsaal war die noch unbesetzte Regierungsbank mit bunten Blumensträußen geschmückt. Rechts davon bildeten die drei Hohen Kommissare und ihre Begleitungen eine eigene Gruppe für sich. Von der Bundesratsbank aus wohnten die Ministerpräsidenten der Veranstaltung bei. In der ersten Reihe der Abgeordneten erkannten die Zuschauer unschwer die aus den Kundgebungen des Wahlkampfes bekannten Gesichter. Unter den feierlich gekleideten Abgeordneten stach – zur Freude der Photographen – der 29jährige Hauer Arthur Grundmann (FDP) in festlicher Bergmannstracht hervor.

Alterspräsident Paul Löbe (SPD) wußte, wovon er sprach, als er in seiner Eröffnungsrede an die Abgeordneten appellierte, den Ton der Wahlveranstaltungen nicht in die Parlamentsdebatten zu übertragen, doch auf der anderen Seite vermochte auch der langjährige Präsident des Deutschen Reichstages selbst in dieser besonderen Stunde nicht aus seinem eigenen politischen Lager auszubrechen. Kritisch vermerkt wurde zum einen, daß er im Totengedenken die Opfer aus seiner eigenen Partei den anderen vorstellte, aber auch seine offensichtlich gegen den in Aussicht genommenen Bundespräsidenten Heuss gerichteten Aussagen zum Ermächtigungsgesetz hielten zahlreiche Zuhörer in dieser Stunde des Neubeginns für deplaziert²². Daß die SPD dann – angesichts des rein formalen Charakters der konstituierenden Sitzung unerwartet – einige Anträge zum Thema Demontage stellte, mußte wiederum die geladenen Vertreter der Besatzungsmächte befremden; ein französischer Diplomat bemerkte gegenüber Adenauer-Berater Herbert Blankenhorn, die Deutschen „sollten froh sein, daß in Paris Herr Schuman Außenminister sei, der die Dinge nicht allzu tragisch nehmen werde“²³. Gewiß in den Auswirkungen harmloser, wenngleich ebenso Ausdruck einer nicht zu leugnenden Verbissenheit, war Ollenhauers Ankündigung, in der ersten Arbeitssitzung des Hauses einen Antrag zur Verlegung des Bundessitzes nach Frankfurt stellen zu wollen. In der Praxis waren allerdings in den folgenden zehn Sitzungen erst einmal weit wichtigere Tagesordnungspunkte abzarbeiten²⁴.

Im Anschluß an die Konstituierung des Ersten Deutschen Bundestages strömten alle Beteiligten in die mit Herbstblumen geschmückten Wandel-

19 Vgl. StA Bonn, Sammlung Wandersleb 17; vgl. K. Adenauer, Briefe (Anm. 3), Nr. 74 vom 16. 8. 1949 (S. 87).

20 Vgl. H. Vogt (Anm. 2), S. 89.

21 H.-D. Kreikamp (Anm. 4), Dok. 78 (S. 1061).

22 Vgl. Heinrich Krone, Tagebücher, Bd. 1: 1945–1961, bearb. von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 1995, S. 72.

23 Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs, Stuttgart 1980, S. 54.

24 Vgl. Reiner Pommerin, Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1946, Köln – Wien 1989, S. 174f.

gänge oder ins hellerleuchtete Bundestagsrestaurant, an dessen Decke Hunderte von Glühbirnen in gelben Metallfassungen „das Gefühl eines Himmels voller leuchtender Sterne vermittelten“²⁵.

Wachsendes Selbstbewußtsein der neuen Nutzer

Mit der Übergabe des Bundeshauses durch Ministerpräsident Arnold an die Vertreter von Bundestag und Bundesrat endete die Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen für den Gebäudekomplex²⁶. Zunehmend verlor der verantwortliche Architekt den Einfluß auf den Abschluß der Inneneinrichtung bzw. auf die Beachtung seines Gesamtkonzepts. Bei den Schlußarbeiten herrschte, so Schwipperts beredete Klage, im Bundeshaus „weitgehend Faustrecht“. Die für den Nord- und Südtrakt vorgesehenen Ausstattungsteile wurden teilweise „willkürlich aufgestellt, angeordnet, verteilt, gehortet und vor allem unwirtschaftlich und funktionshemmend verwendet“²⁷. Offenbar wichen die konkreten Bedürfnisse der neuen Nutzer (Abgeordnete, Verwaltungspersonal, Fraktionsmitarbeiter) erheblich von den Vorstellungen der Planer ab.

Mit der Konstituierung des Deutschen Bundestages sah die Bonner Stadtverwaltung ihre Aufgabe als „im wesentlichen gelöst“ an. Nach dem bestandenen ersten Härtetest der Konstituierungswoche konnten sich die Bonn-Promotoren wieder mehr Zeit für die Beeinflussung der Abgeordneten nehmen. Eine Werbebroschüre „An die Mitglieder des Bundestages“ führte die Baufortschritte vor Augen. „Die weiteren Entscheidungen“, so der mahnende Schluß, lägen „nunmehr in den Händen der zuständigen Bundesorgane“²⁸. Über den noch höchst provisorischen Charakter der Unterbringung zahlreicher Volksvertreter machte man sich bei der Stadt keineswegs Illusionen. Bis zum Abzug der Belgier und dem Abschluß der Instandsetzungs- und Neubauprogramme würde sicher noch einige Zeit vergehen, und so lange galt es, die Zuzügler vor Übervorteilung zu schützen. Ein Aufruf richtete an alle Abgeordneten die „dringende und herzliche Bitte“, jeden Beschwerdeanlaß unverzüglich an das Büro Bundeshauptstadt oder das städtische Quartieramt weiterzuleiten: „Der gute Ruf des rheinischen Beherbergungsgewerbes und insbesondere der Stadt Bonn darf nicht durch die Gewinnsucht einzelner Personen und Unternehmen beeinträchtigt werden.“

Es versteht sich, daß die während der Bewerbungsphase solchermaßen hofierten Abgeordneten ihrerseits nicht zimperlich waren, die in den diversen Rundschreiben zugesagte Betreuung auch im konkreten Falle einzufordern. „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie als Oberhaupt der schönen Stadt Bonn dafür sorgen würden, daß die angeforderten Wünsche auch ihre Erfüllung finden“, schrieb der Abgeordnete Rademacher (FDP) am 4. Oktober an den Bonner Oberbürgermeister. Und schon einen Monat später besaß er den gewünschten Telefonanschluß²⁹.

Die Bundessitzentscheidung des Parlaments

Nicht unbeträchtlich gehemmt wurde der Neuanfang der einzelnen Bundeskörperschaften während der ersten beiden Monate durch die schwebende Aussicht auf einen eventuellen Umzug nach Frankfurt. Die Ungewißheit lähmte sowohl Abgeordnete als auch Beamte. Oberkirchenrat Hermann Ehlers (CDU), ab Herbst 1950 Nachfolger Erich Köhlers im Amt des Bundestagspräsidenten, kommentierte in der Sprache seines Berufs: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, die zukünftige suchen wir!“³⁰ Man hätte erwarten können, daß die Mehrheitsparteien alles daransetzen würden, die überfällige Entscheidung sobald wie möglich herbeizuführen. Im Sinne der Bonner Sache hielt man jedoch an der bedächtigen Gangart fest – eine Taktik, die sich am Ende auszahlen sollte. Die Weichen hierzu wurden schon gestellt, bevor sich der Deutsche Bundestag überhaupt konstituiert hatte. Vor der Fraktion sagte Adenauer am 5. September 1949 den Versuch der SPD voraus, im Parlament sofort über die Bundessitzfrage abstimmen zu wollen. Dazu sei die Angelegenheit jedoch zu kompliziert, und außerdem widerspreche die Entscheidung über eine so wichtige Frage ohne vorherige Ausschlußberatung parlamentarischem Brauch. Vor allem gelte es jedoch, den offensichtlichen Versuch der SPD zu vereiteln, „die kleine Koalition in einer ersten Abstimmung vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit als zerbrechlich“ hinzustellen und damit ihn, den künftigen Bundeskanzler, zu demontieren³¹.

29 StA Bonn, N 80/70, Teil I.

30 Zitiert bei Otto Bertram, *Ausgerechnet Bonn*, Bonn 1989, S. 94.

31 Vgl. Udo Wengst (Bearb.), *Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*, Düsseldorf 1985, Dok. 59 (S. 233–236), Sitzung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom 5. 9. 1949.

25 Erich Mende, *Die neue Freiheit 1945–1961*, München – Berlin 1984, S. 113 f.

26 Vgl. StA Bonn, Sammlung Wandersleb 1.

27 H. Vogt (Anm. 2), S. 95.

28 StA Bonn, Sammlung Wandersleb 1.

Anders als im Falle der Berlin-Bonn-Entscheidung vom 20. Juni 1991 fiel am 3. November 1949 die befürchtete emotionsgeladene Debatte aus. Die Parteien vereinbarten im Ältestenrat, zur Vermeidung unerfreulicher Auseinandersetzungen die Abstimmung ohne weitere Aussprache unmittelbar auf die Berichterstattung durch den Vorsitzenden des Hauptstadtausschusses folgen zu lassen. Der CDU-Abgeordnete Theodor Blank beantragte die geheime Abstimmung: ein Vorstoß an die Adresse potentieller Abweichler im sozialdemokratischen Lager; 17 SPD-Abgeordnete aus Nordrhein-Westfalen sollen denn auch am 3. November für Bonn gestimmt haben (endgültiges Resultat 200 zu 176 Stimmen).

Adenauers Anteil an der Hauptstadtentscheidung

Ausgerechnet der für seine kleinen Giftigkeiten berüchtigte François Ponçet mußte Adenauer an seine dominierende Rolle in der Bundessitzfrage erinnern und mit dem entsprechenden Hinweis auch noch eine politische Forderung untermauern: Im Bundestag eine Mehrheit für die deutsche Teilnahme am Europarat zu sichern, sei für ihn schließlich „nicht schwieriger als die Erreichung der Mehrheit dafür, daß Bonn als Bundeshauptstadt gewählt wird“. Des Kanzlers kleinlautes: „Das habe ich nicht getan“³² kann sich nur auf die Abwehr des französischen Ansinnens bezogen haben, nicht auf die Leugnung des Sachverhaltes an sich. Allein eine flüchtige Durchsicht der edierten Teile der Adenauer-Korrespondenz während des Sommers 1949 beweist das Gegenteil. Und für die an den Vorbereitungen des Hauptstadtprojekts Beteiligten war er, noch bevor er tatsächlich zum Kanzler gewählt wurde, allemal die letzte Instanz: „Kann Herr Dr. Adenauer bereits jetzt zusagen, daß die Kosten . . . vom Bund getragen werden?“, heißt es zum Beispiel am 26. August 1949 zur Frage eines städtischen Feuerwerks am Tag der Bundesversammlung³³.

Von Gewicht erscheint die Einschätzung von Adenauer-Intimus Blankenhorn, der sich in der täglichen Zusammenarbeit gewiß ein einigermaßen zutreffendes Bild von den Motiven des Kanzlers machen konnte: „Damit hat der Bundeskanzler seinen mit großer Zähigkeit verfolgten und aus einer Mischung von politischen und persönlichen Interessen motivierten Wunsch durchgesetzt. Für ihn war sicher wesentlich bestimmend, die Hauptstadt in einer Landschaft zu haben, deren Bevölke-

rung überwiegend seinen eigenen politischen Überzeugungen nahesteht. Auch hat bei ihm stark mitgespielt, daß die Bundesorgane in einer Stadt arbeiten, in der sie frei von allzu großen Einflüssen der Besatzungsmächte die notwendige Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit besitzen.“³⁴ Letzteren Punkt greift auch Hermann Josef Abs in seiner Bewertung als zentral auf. Adenauer betrachtete die Zweizonenverwaltung kritisch, „ja fast mit Verachtung“. Ihn störten die teilweise engen Verflechtungen zwischen den Spitzen der deutschen Stellen und der vor Ort ansässigen amerikanischen Militärregierung: „Durch die Wahl Bonns statt Frankfurt hat Adenauer mit einem Schnitt diese Beziehung durchgeschnitten.“³⁵

Abgesehen von der Tatsache, daß die Mainmetropole SPD-Pflaster war, während Adenauer in seinem Wahlkreis Bonn als Direktkandidat der CDU komfortable Mehrheiten besaß, galt Frankfurt wegen seiner „unruhigen“ Vorstädte und der rekordverdächtigen Zahl von Demonstrationen als ungeeignet: „Frankfurt ist gefährlich, da könnte die Regierung unter die Gewalt der Straße kommen“, soll der Kanzler einmal zu diesem Thema bemerkt haben³⁶. Noch im Abstand eines Vierteljahrhunderts schrieb Heinrich Hellwege, der erste Bundesratsminister, über die damalige Situation: „Aus diesem Grunde durfte eine sozial-konservative Regierung . . . auf keinen Fall ihren Sitz in einem Land und in einer Stadt einnehmen, in der die SPD mehr oder minder bis zum heutigen Tag die Alleinherrschaft ausübt.“³⁷ Auch Gegner des Beschlusses und politisch Adenauer wenig gewogene Zeitgenossen sahen solche Zusammenhänge und erkannten die Handschrift des Kanzlers: „Viel Heuchelei und Bauernfängerei einer bestimmten, klerikal-regional orientierten Gruppe“, ereiferte sich der spätere Außenstaatssekretär Lahr in einem Tagebucheintrag. „Eines ihrer Argumente ist ehrlich, aber zugleich von besonderer Kümmerlichkeit: daß die Stadt Frankfurt eine SPD-, Bonn hingegen eine CDU-Verwaltung besitze. Es ist erstaunlich, wie weit ein eigensinniger Greis eine solche Aktion treiben kann . . . Er ist in der Tat in seinem Leben nie richtig aus dem Rheinland herausgekommen, hat kein rechtes Verhältnis zu den anderen deutschen Landschaft-

32 Hans-Peter Schwarz (Bearb.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, München 1989, S. 168; ders., Adenauer. Der Aufstieg, Stuttgart 1991³, S. 676.

33 StA Bonn, Sammlung Wandersleb 17 Teil I, Vermerk Büro Bundeshauptstadt für Wandersleb vom 26. 8. 1949.

34 H. Blankenhorn (Anm. 23), S. 70 f.

35 Diskussionsbeitrag, abgedruckt in: Rudolf Morsey, Konrad Adenauer und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1986², S. 73.

36 Diskussionsbeiträge von Paul Wilhelm Wenge und Kurt Birrenbach, in: ebd., S. 74 f.

37 Zitiert bei: Otto Schumacher-Hellmold, Bonn – Eine Entscheidung des Herzens, in: Bonn 1949–1974. Ein Vierteljahrhundert Bundeshauptstadt, in: Bonner Geschichtsblätter, 26 (1974), S. 270.

ten, nicht zu Berlin . . . und zu Preußen schon gar nicht. Er kennt auch nicht das Ausland.“³⁸ Und Adenauer tat alles, um den ihm unterstellten Regionalpatriotismus zu bestätigen. Bezeichnenderweise heißt es am Anfang des Dankschreibens an den Düsseldorfer Finanzminister Weitz: „Nunmehr sind die Würfel in dem Spiel Bonn – Frankfurt endgültig gefallen, zugunsten Bonns, zugunsten des Rheinlandes.“³⁹

Der Beginn der parlamentarischen Arbeit

Der Regulierungsbedarf des Neuanfangs auf allen politischen und gesellschaftlichen Gebieten war riesig nach den Jahren der Diktatur und des Krieges. Die zahlreichen Bundestagsausschüsse belegen dies ebenso wie die häufigen Parlamentssitzungen, die sich nicht selten bis weit in die Nacht erstreckten. Da bewährte sich die Voraussicht, für das Kabinett Räumlichkeiten im Bundeshaus vorzuhalten. So konnten Kanzler und Minister ungestört tagen, bei Bedarf jedoch auch schnell zur Verstärkung der knappen Koalitionsmehrheit ins Plenum eilen. Trotz des unbestreitbaren Einsatzes ihrer Mitglieder ist der Volksvertretung durchweg ein schwächerer Start bescheinigt worden als beispielsweise der von ihr zu kontrollierenden Regierung⁴⁰. Der Vergleich ist insofern erhellend, als es dem erfahrenen Politiker Adenauer nicht nur rasch gelang, seine Autorität im Kabinett zu festigen und das Kanzleramt zu einem Instrument seines Willens zu gestalten. Auch in der Abgrenzung der Exekutivbefugnisse gegenüber den Kontrollaufgaben des Parlaments hat er dem Bundestag und seinen Ausschüssen jedes Hineinreden in seine Organisationsgewalt verwehrt, ja sogar selbst versucht, Geschäftsordnung und Arbeitsweise des Verfassungsorgans zu beeinflussen.

Worunter der erste Bundestag in seinen Anfängen zusätzlich litt, war das Fehlen einer angemessenen, eingespielten Streitkultur. Jüngere Abgeordnete der Kriegsgeneration hatten kein Verständnis dafür, wenn – nach langer, anstrengender und ernsthafter Ausschußarbeit – schließlich im Plenum ein Etatposten des Bundeshaushaltes in polemischer Weise und fern aller Sachlichkeit pauschal

in Grund und Boden kritisiert wurde. Graf von Spreti (CSU), enttäuscht „von dem parlamentarischen Leben und der politischen Entwicklung der vergangenen Zeit“ und nicht länger bereit, „am laufenden Band Wintermärchen“ hören zu müssen, nannte solchen Populismus einmal „eine Politik . . . des ‚billigen Jakobs‘ des Parlaments“, worauf der angesprochene Abgeordnete Leuchtgens (DRP) in Anspielung auf das Fehlverhalten anderer Mitglieder nur antworten konnte, „das Bildungsniveau des Bundeshauses (sic!)“ sei „verflucht niedrig“⁴¹. An solche Selbstkritik mochte Bundespräsident Theodor Heuss gedacht haben, als er in seiner ersten Silvester-Ansprache die parlamentarischen Defizite benannte und gleichzeitig das Publikum um Nachsicht bat: „Der Arbeitsstil der neuen gesetzgebenden Körper muß erst gesichert sein und sich einspielen – er ist noch recht unvollkommen. Das wissen die Nächstbeteiligten selber am besten.“⁴²

Unter solchen Bedingungen war Bundestagspräsident Erich Köhler, der den Frankfurter Wirtschaftsrat mit seinen nur 104 Mitgliedern durchaus kompetent und geschickt geleitet hatte, mit der Steuerung des weit größeren Bonner Parlaments von Beginn an sichtbar überfordert. Auch gesundheitliche Beeinträchtigungen machten es ihm schwer, zu jedem Augenblick die nötige Übersicht zu behalten. Bereits im Herbst 1950, nach weniger als einem Jahr Amtsführung, trat er zurück⁴³. Maßgeblich zu diesem Entschluß trugen die ständigen Konflikte mit Adenauer hinsichtlich seiner Amtsführung bei – auch sie wieder Beleg für die permanente Einflußnahme des Kanzlers auf die Arbeit des Parlaments: „Herr Köhler hat als Präsident des Bundestages versagt“, erklärte der Regierungschef kurz und bündig in einem Schreiben an den Bundespräsidenten, in dem es um die weitere Verwendung Köhlers ging. „Er war nicht in der Lage, ein Parlament von diesem Umfang richtig zu leiten. Gegen seine Person liegt nichts vor.“⁴⁴

Erweiterungsbedarf und städtebauliche Probleme

Da der Deutsche Bundestag bereits mit vergleichsweise hohem Personalbestand angefangen hatte – man leistete sich zum Beispiel eine eigene Pressestelle zur Betreuung der beim Bundestag zugelassenen Journalisten –, war das weitere Wachstum, auch wenn es im Parlament immer wieder kritisch begleitet wurde, nur noch moderat (1949:

38 Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg, Hamburg 1981, S. 142 f.

39 K. Adenauer, Briefe 1949–1951 (Anm. 3), Nr. 139 vom 9. 11. 1949 (S. 136).

40 Vgl. Rudolf Morsey, Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag, in: Hans Buchheim (Hrsg.), Konrad Adenauer und der Deutsche Bundestag, Bonn 1986, S. 20, auch für die folgenden Angaben.

41 1. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 51. Sitzung vom 24. 3. 1950 (S. 1815).

42 Abgedruckt bei Toni Pippon, Was jeder von der Bundesregierung wissen muß, Kevelar 1950, S. 17.

43 Vgl. R. Morsey (Anm. 40), S. 30 f.

44 K. Adenauer, Briefe 1949–1951 (Anm. 3), Nr. 336 (S. 298).

434 Planstellen, 1950: 467; 1951: 564). Stärkeres Aufsehen erregte die schnelle räumliche Ausdehnung. Nur 14 Monate nach der Konstituierung des Bundestages begannen Beratungen über den Entwurf eines Erweiterungsbaus zur Linderung der drückenden Raumnot, denn was die Arbeitsmöglichkeiten der einzelnen Abgeordneten anging, hatte auch das Jahr 1950 keine Fortschritte gebracht.

Mindestens 250 Abgeordnete besaßen, wie ein SPD-Redner im Plenum beklagte, überhaupt keinen Arbeitsplatz im Hause, hatten somit auch „gar keine Möglichkeit zu ernsthafter Arbeit“, obwohl sie aus dem ganzen Lande und vorzugsweise aus ihren Wahlkreisen mit Papier überflutet wurden, zuweilen auch mit Besuchern. Die meisten Gäste konnten von ‚ihren‘ Abgeordneten nur auf dem Gang oder im Restaurant empfangen werden. Plötzlich benötigte Redekonzepte wurden auf Treppenstufen sitzend entworfen, wobei ein Knie als Schreibtischersatz herhalten mußte.

Das zeitraubende Detailstudium von Gesetzen und Vorlagen aller Art war nur zu Hause möglich. Zur Information der Abgeordneten dienten in jenen Tagen Zeitungen noch mehr als die Unterlagen der Fraktionen. Selbst bekannte Unternehmerpersönlichkeiten wie Robert Pferdenges und Gerd Bucerus mußten sich einen Büroraum teilen. Nur für die „maßgebendsten“ Abgeordneten waren außerhalb des Bundestagsgebäudes Arbeitsräume in einem der „Pressehäuser“ geschaffen worden⁴⁵.

Das geplante Abgeordnetenhaus war also ohne Zweifel notwendig. Gleichzeitig bedeutete seine Planung und Ausführung durch die Bundesbaudirektion in mancherlei Hinsicht einen Traditionsbruch. Dies zeigte beispielhaft, wie selbstsicher der Bund bereits ein Jahr nach Bezug seiner Hauptstadt die eigene Existenz gestaltete und wie entschieden er sich dabei von Vorstellungen und Planungen seiner architektonischen Geburtshelfer emanzipierte. Insgesamt 170 Büroräume für Abgeordnete waren laut Beschluß des Bundestages zu schaffen, dazu vier Sitzungssäle, ein Lesesaal und Raum für Bibliothek und Archiv. Da in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Bundeshaus und dem Plenarsaal kein geeigneter Bauplatz mehr vorhanden war, der bestehende Gebäudekomplex schon eine „ziemliche Weitläufigkeit“ aufwies, „die nicht uferlos weiter getrieben werden durfte“,

45 So der Abgeordnete Ritzel in der 55. Bundestagssitzung vom 30. 3. 1950, 1. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, S. 2033; vgl. auch Karl Badberger, Erweiterungsbau des Bundeshauses in Bonn, in: Die Bauverwaltung, 1 (1952), S. 87–91; HStAD, NW 53–153, NRW Staatskanzlei an Presse- und Informationsamt vom 26. 1. 1951.

blieb nur die Stelle übrig, welche der zweistöckige Gronau-Bunker einnahm. Schließlich setzte man den ca. 5 000 Tonnen schweren Erweiterungsbau einfach auf den ca. 20 000 Tonnen schweren Bunker. So entfielen teure Abrißkosten, zudem entstand, durchaus gewollt, der Eindruck eines kleinen Hochhauses.

Mehrfach haben die seinerzeit für die architektonische und städtebauliche Gestaltung Verantwortlichen ihre weitere Beteiligung verlangt. Es sollte damit erreicht werden, daß die Gesamtplanung wie das Niveau der einzelnen Bauten in Bonn der zu erwartenden politischen und geistigen Haltung einer Bundeshauptstadt entspräche. Vergeblich allerdings forderte man den Bund auf, „die seinerzeit in der Sorge um das Landschaftsbild und die besondere Bedeutung von Bonn als Bundeshauptstadt getroffenen Maßnahmen des Landes . . . fortzusetzen“, indem die neugeschaffene Bundesbaudirektion die unter der Ägide Nordrhein-Westfalens beschäftigten Architekten beteiligte⁴⁶. Auch Hermann Wandersleb sah das von ihm mitgeprägte ursprüngliche Konzept gefährdet und erinnerte an die große Sorgfalt, mit der sich seinerzeit kein geringerer als Konrad Adenauer mit den Bauplänen beschäftigt hatte. In jedem Falle bedeutete der Bruch mit dem Ursprungskonzept einen ersten Schritt hin zu jenen oft kritisierten städtebaulichen Sündenfällen. Mit dem Wachstum der Bundesbürokratie wurde das Regierungsviertel mehr und mehr „heterogenes Konglomerat . . . geprägt von Liberalismus bis hin zu Richtungslosigkeit“, orientiert „an reiner Zweckmäßigkeit, anspruchslosigkeit und Unauffälligkeit“⁴⁷.

Berlin-Vorbehalt und Hauptstadtverlegung

Am 9. Mai 1953 übereignete das Land Nordrhein-Westfalen nach Klärung der Kostenerstattung das Parlamentsgebäude an den Bund. Für den Fall einer Verlegung der Bundeshauptstadt vereinbarte man eine Rückübertragung des Komplexes am Rhein. Ähnliche Berlin-Klauseln finden sich in zahlreichen anderen Verträgen der Zeit. So sicher ging man von einer baldigen Rückkehr in die alte Hauptstadt aus, daß z. B. das Bundesfinanzministerium die Förderung von Wohneigentum von Beamten und Angestellten in Bonn ausdrücklich

46 StA Bonn, Sammlung Wandersleb 1, Konrad Rühl an den Präsidenten des Bundestages vom 24. 2. 1951.

47 Angelika Schyma, „Eine kleine Stadt in Deutschland“, Das Regierungsviertel der ehemaligen Bundeshauptstadt, in: Denkmalpflege im Rheinland, 16 (1999) 2, S. 49.

ablehnte: Man befürchtete im Verlegungsfall Entschädigungsansprüche der Betroffenen an den Bund⁴⁸. Doch je länger die Rückkehr nach Berlin ausblieb, desto stärker verfestigte sich das „Provisorium“ am Rhein.

Daß es dennoch nach dem Verlegungsbeschluß vom 20. Juni 1991 nicht zu der vielbeschworenen Katastrophe für Bonn und seine Region kam, hat eine Reihe von Gründen. Von großer Bedeutung ist der Zeitfaktor. Acht Jahre Übergangsfrist standen zwischen der Entscheidung des Bundestages und dem eigentlichen Umzug; es gab keine sachlichen Gründe für eine übermäßige Eile, der Politikbetrieb in Bonn konnte sich ohne Schwierigkeiten auf die neue Situation des wiedervereinigten Deutschland einstellen. Ganz anders 1949: Nur wenige Monate standen den Hauptstadtplanern zur Verfügung, dann mußten die Mitglieder von Bundestag und Bundesrat ihre Tätigkeit aufnehmen können. Im Falle der Exekutive strebte Adenauer die Arbeitsfähigkeit bis Mitte 1950 an – ein nicht zu erreichendes Ziel, denn die Zahl der Ministerien und ihre Personalausstattung übertrafen die Annahmen der Planer beträchtlich. Der Bonner Wohnungsmarkt stieß schnell an seine Grenzen, der Bund konnte nicht rasch genug bauen, und hinsichtlich der Büroraumversorgung der einzelnen Ressorts reihte sich – trotz Inanspruchnahme von insgesamt fünf Kasernenkomplexen – ein Provisorium ans andere. Doch die damals 100 000-Einwohner-Stadt mußte 1949/50

die Wucht der Veränderungen ertragen, sollte nicht die ohnehin schwierige Staatsgründung bereits an organisatorischen Schwierigkeiten scheitern. Verschärfend kam hinzu, daß sich Adenauer gegen die ursprünglich erwogene Arbeitsteilung zwischen Bonn und Frankfurt entschied: Alle Teile der aufzulösenden Bizonenverwaltung, die in die neuen Ministerien eingegliedert wurden, mußten nach Bonn: ein veritabler Regierungsumzug im Jahre 1950 mit allen menschlichen und logistischen Problemen also, der heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist.

Nach dem Beschluß von 1991 werden ansehnliche Teile der Exekutive in der „Bundesstadt“ mit nunmehr über 300 000 Einwohnern verbleiben, zusammen mit den umfassenden Ausgleichsmaßnahmen sicherlich ein weiterer Grund für das Ausbleiben eines Anpassungsschocks. Und wenn die lange Übergangszeit genutzt werden konnte, Bonn neben einem profilierten Wissenschaftszentrum zu einem bevorzugten Dienstleistungsstandort auszubauen, so profitieren Stadt und Region durchaus von der vergangenen Hauptstadtrolle. Gerade die Ansiedlung der Schwerpunktbereiche Post und Telekommunikation z. B. ist unübersehbar mit dem inzwischen aufgelösten Postministerium verbunden.

Für das Bundeshaus allerdings fehlt bis heute ein überzeugendes Nutzungskonzept. Dieses wird auch anspruchsvoll sein müssen – symbolträchtig ist die Stelle, von der aus im September 1949 der neugegründete Staat seine ersten Schritte tat.

48 Vgl. H. Vogt (Anm. 2), S. 153, 251.

Republikanische Lockerungsübungen

Der Umzug nach Berlin und das Ende der Angst vor der Baugeschichte

I.

Der Bau von Hauptstädten braucht seine Zeit. Nicht immer muß es so lange dauern wie in Brasilien: Dort wurde schon 1789 zum ersten Mal darüber diskutiert, die Kapitale in den Urwald zu verlagern. Gut hundert Jahre später erhob die Verfassung die Hauptstadtgründung zum Staatsziel, aber erst 1955 wurde ein Baugebiet ausgewiesen und schließlich 1960 die nach Entwürfen der Architekten Lucio Costa und Oscar Niemeyer errichtete Idealstadt „Brasilia“ eingeweiht¹. Gar so viel Geduld mußten die Planer in Bonn nicht aufbringen. Aber immerhin dauerte es von der Unterzeichnung der „Lex Bonn“ zwischen dem Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn über „den Ausbau der Stadt als Sitz der Bundesregierung“ am 15. Juli 1970 zweiundzwanzig Jahre bis zur Einweihung des neuen Plenarbereichs von Günter Behnisch im Oktober 1992, des letzten, aber glänzenden Überbleibsel gewaltiger Bauphantasien am Rhein². Und die Errichtung des Berliner Reichstagsgebäudes schleppte sich von der Einsetzung einer Parlamentsbaukommission im Frühjahr 1871 über zwei Wettbewerbe bis zur Schlußsteinlegung am 5. Dezember 1894 sogar dreiundzwanzig Jahre hin³.

Im Vergleich dazu ist die Zeitspanne zwischen dem Berlin-Beschluß des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991⁴ und dem Beginn des Umzuges von Parlament und Regierung im Sommer 1999 nachgerade kurz zu nennen. Gleichwohl kann von

Tempo oder gar besonderer Eile keine Rede sein. Im Gegenteil – üppige Büroflächenforderungen der Verwaltungen, immer neuer Streit um die Standorte der Ministerien und durchaus luxuriöse Ausstattungswünsche ließen die Vorbereitungen für den Umzug gelegentlich eher wie Maßnahmen zur Verschleppung, wenn nicht Verhinderung des Wechsels vom Rhein an die Spree wirken. Allen Anschein von Entschiedenheit schließlich verlieren die Umzugsvorbereitungen, wenn man bedenkt, daß gleich nach der Wende schon Platz genug für alle Ministerien und das Parlament vorhanden war⁵. Schließlich mußte Berlin ja nicht wie Brasilia gewissermaßen als Hauptstadt im Nirgendwo neu erfunden werden. Die Stadt hat vielmehr bereits fünfmal als Kapitale gedient – dem Königreich Preußen, dem Deutschen Reich, der Weimarer Republik, den Nationalsozialisten und der DDR. Deshalb standen Anfang der neunziger Jahre genug stattliche Vorkriegsgebäude sowie Bauten aus der DDR-Zeit zur Verfügung. In zwei Studien konnte die Bonner Bundesbauverwaltung 1991 in der Berliner Mitte ein Raumangebot von 567 800 Quadratmetern Hauptnutzfläche in öffentlichen Liegenschaften nachweisen – genug, um den Bonner Bedarf zu befriedigen, freilich nicht auf dem neuesten Stand der Bürotechnik. Und das Reichstagsgebäude in der Gestalt, die ihm der Umbau unter Paul Baumgarten in den sechziger Jahren gegeben hatte⁶, wäre dem Deutschen Bundestag eine gewiß karge, aber funktionstüchtige Arbeitsstätte gewesen.

Daß dennoch manches neu gebaut und Vorhandenes aufwendig hergerichtet wurde mit der Folge, daß der Umzugstermin mehrfach verschoben werden mußte, läßt sich nur mit der relativen Stärke der Umzugsgegner erklären. Peter Conradi (SPD), bis zum Herbst 1998 Mitglied der Baukommission des Ältestenrats des Deutschen Bundestages und maßgeblich an den Bauvorhaben des Bundes in

1 Vgl. Alexander Fils, Politische Idealstädte. Das Beispiel Brasilia und andere Neugründungen, in: Ingeborg Flagge/Wolfgang Jean Stock (Hrsg.), Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart 1992, S. 186 ff.

2 Vgl. Ingeborg Flagge, Provisorium als Schicksal. Warum mit der Bonner Staatsarchitektur kein Staat zu machen ist, in: ebd., S. 224 ff.

3 Vgl. Michael S. Cullen, Der Reichstag. Parlament, Denkmal, Symbol, Berlin 1995.

4 Vgl. Helmut Herles (Hrsg.), Die Hauptstadt-Debatte. Der stenographische Bericht des Bundestages, Bonn 1991.

5 Vgl. Karl Feldmeyer, Schon lange ist Platz für alle da, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. April 1993.

6 Vgl. Dieter Bartetzko, Zwischen Pathos und Pragmatismus. Paul Baumgartens Umbau des Reichstagsgebäudes, in: Heinrich Wefing (Hrsg.), Dem Deutschen Volke. Der Bundestag im Berliner Reichstagsgebäude, Bonn 1999, S. 60 ff.

Berlin beteiligt, skizzierte die Situation jüngst in einem Rückblick: „Die Mehrheit für Berlin bei der Hauptstadtabstimmung ... war mit siebzehn Stimmen so knapp, daß wir wußten, das Projekt würde nur auf breiterer Grundlage zu bewältigen sein. Darum haben wir von 1991 bis zum Frühjahr 1994 ... Kompromisse ausgearbeitet. Vor allem da kamen die Forderungen, daß bis zum Umzug alles fertig sein müsse. Bayern und Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ... sagten, wenn wir schon nach Berlin müssen, dann soll alles aufs Beste gerichtet werden. Das hat uns viel Zeit gekostet, sonst wären wir ... innerhalb von fünf Jahren umgezogen. Technisch wäre das möglich gewesen.“⁷

Allerdings war das technisch Mögliche zunächst politisch nicht durchsetzbar. Der zähe Widerstand gegen Berlin, in dem sich der föderale Konsens der Bundesrepublik mit der verbreiteten Sorge vor der Wiedergeburt deutscher Gespenster an ihrer alten Wirkungsstätte verband, nutzte das unübersichtliche Feld der Bauvorbereitungen geschickt für Bremsmanöver. So forderte die damalige Bundesbauministerin Irmgard Schwaetzer Ende 1993 den Abriß des Staatsratsgebäudes der ehemaligen DDR sowie die Niederlegung zweier kolossaler NS-Hinterlassenschaften, der Reichsbank und des Reichsluftfahrtministeriums. Sie argumentierte, die Sanierung dieser Bauten verspreche teurer zu werden als die Errichtung von Neubauten. Parallel zu diesen Abrißplanspielen begannen 1992 und 1993 die Wettbewerbe für den Umbau des Reichstagsgebäudes, für die Gestaltung des Spreebogens und der Spreeinsel. Der Aufwand, der mit diesen Wettbewerben getrieben wurde, die überwältigende Fülle der Beiträge aus dem In- und Ausland, all dies stand zunächst in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen. Lediglich der städtebauliche Wettbewerb Spreebogen fand mit dem ebenso kühnen wie symbolbeladenen Entwurf eines „Bandes des Bundes“ des Berliner Architekten Axel Schultes ein überzeugendes Ergebnis. Alle anderen Verfahren wurden in die Überarbeitung geschickt.

Die entscheidende Beschleunigung der zähen Umzugsvorbereitungen brachte im Oktober 1994 der Amtsantritt von Klaus Töpfer als Bundesbauminister und Umzugsbeauftragter. Töpfer setzte einen weitgehenden Verzicht auf Abrisse und Neubauten durch und forcierte statt dessen die Unterbringung der Verwaltungen in Altbau-

7 Zitiert nach Amber Sayah, „Wir sind die Bauherren, wir übernehmen Verantwortung“. Ein Werkstattgespräch mit Dietmar Kansy und Peter Conradi, in: ebd., S. 165. Vgl. auch Max Welch Guerra, *Hauptstadt Einig Vaterland. Planung und Politik zwischen Bonn und Berlin*, Berlin 1999.

ten. Allein Kanzleramt und Präsidialamt sollten neue Häuser bekommen: der Präsident eine dunkel schimmernde Ellipse im Park von Schloß Bellevue, entworfen von den Frankfurter Architekten Martin Gruber und Helmut Kleine-Kraneburg⁸, der Kanzler einen expressiv-eleganten Kubus von Axel Schultes vis-à-vis des Reichstags. Alle anderen Ministerien, Behörden und Institutionen hingegen werden in Verwaltungsbauten residieren, die im Kaiserreich, während der Weimarer Republik, im „Dritten Reich“ oder nach 1945 entstanden. Sie liegen zum wenigsten an den traditionellen Berliner Standorten der Macht, der Spreeinsel und der Wilhelmstraße, sondern sind über das historische Zentrum der Stadt verteilt. So wird allüberall umgebaut, erweitert, saniert, restauriert. Was dabei entsteht, sind behutsame Verspannungen von traditioneller Repräsentanz und zeitgenössischer Technik. Damit vollzieht sich in Berlin nur nach, was in den Hauptstädten anderer Staaten längst üblich ist: die Anpassung demokratischer Institutionen an eine vordemokratische Baub substanz.

II.

Das wohl prominenteste Beispiel für das architektonische Neuarrangement von Einst und Jetzt ist das Reichstagsgebäude, das nach den Plänen des Londoner Architekten Sir Norman Foster umgestaltet worden ist⁹. Der Reichstag von Paul Wallot ist ein sehr deutscher Gedächtnisort. Seine Fertigstellung kurz vor der Jahrhundertwende war ein Zeichen für die zögerliche Parlamentarisierung des Kaiserreiches, sein Brand 1933 das Fanal des nationalsozialistischen Terrors, die Verhüllung durch Christo 1995 die gewiß heiterste Feierstunde der Einheit. Dem komplizierten Befund entspricht Fosters architektonisches Konzept, alle Geschichtsspuren zu erhalten und den neobarocken Wallot-Bau mit Ergänzungen unserer Tage zu collagieren. Neben der Pflege des Überkommenen verlangten die Bauherren im Auslobungstext für den Reichstagswettbewerb 1992 aber auch, die feste Burg des Parlamentarismus solle „transparent“ werden – so, als ließe sich aus einem Monumentalbau der Jahrhundertwende mit ein paar Federstrichen ein Glashaus zaubern. Es spricht

8 Vgl. Heinrich Wefing, *Der Neubau des Bundespräsidialamts im Tiergarten*, in: Martina Düttmann/Felix Zwoch (Hrsg.), *Berliner Bauwelt Annual 1998*, Basel – Berlin – Boston 1999, S. 16 ff.

9 Vgl. Sir Norman Foster, *Ein optimistisches Zeichen für ein modernes Deutschland. Der Bundestag in Berlin*, in: H. Wefing (Anm. 6), S. 180 ff.

für Fosters Professionalität, die widerstreitenden Wünsche des Bauherren ernst genommen zu haben. Er hat, zumal im neuen Plenarsaal, die aus Bonn vertrauten Bildwelten so tief als möglich in das Baudenkmal eingesenkt. Und er hat die Fragmente des Historischen – vor allem die Flammenspuren, Einschußnarben und die zornigen Flüche der sowjetischen Eroberer vom Ende des Zweiten Weltkriegs – mit der Sorgfalt eines Archäologen präpariert. Entstanden ist eine stellenweise grandiose Collage aus durchsichtiger Gegenwart und blankgewienener Vergangenheit.

Wo Paul Wallot seinerzeit einen künstlichen „Reichsstil“ zu erfinden suchte, hat Foster eine synthetische Historizität geschaffen. In vielen Foyers und Fluren kann man sich getrost fühlen wie in einem gediegenen Bankhaus: dezente Beleuchtung, sandfarbener Naturstein, grauer Spannteppich, hier und da ein wenig zeitgenössische Kunst, die niemanden schmerzt. Das einzige Wagnis des Baus, das grelle Farbkonzept, erschöpft sich im Dekorativen. Um so mehr überrascht es, aus der glattgebürsteten Gegenwart in einen der beiden Umgänge nördlich und südlich des Plenarsaals zu treten. In den eingewölbten Fluren haben sich Reste des plastischen Dekorationsprogramms der Kaiserzeit erhalten, das seinerzeit die Reichseinheit feierte. Doch selbst die beschädigten Friese und schwer angeschlagenen Türleibungen muten an wie sorgsam konservierte ägyptische Grabkammern. Alle Spolien sind gleichsam auf Hochglanz poliert worden, unflätige kyrillische Inschriften wurden übermalt, die jugendfreien werden präsentiert wie Exponate in einer exquisiten archäologischen Sammlung.

Brand, Bomben und zwei überaus gründliche Umbauten haben das Band zertrennt, das diese Stätte mit der Geschichte verknüpfte. Der topographische Punkt inmitten Berlins ist derselbe geblieben, an dem Stresemann, Ebert, Rathenau sprachen, aber die Aura des Authentischen ist ihm ausgetrieben worden. Geblieben sind Wallots Raumdisposition und die Spuren der Niederlage. Nach den erhaltenen Fragmenten zu urteilen, scheint zwischen Kaiserreich und Krieg wenig passiert zu sein; nichts erinnert an die Traditionen der ersten deutschen Republik, die in diesem Haus ihre Weihstunden zelebrierte und ihr Scheitern erlebte; nichts gemahnt an die Zeiten der Teilung, als der Wallot-Bau wie ein Fossil an der Berliner Mauer dräute; von der Umgestaltung durch Paul Baumgarten sind nur Fotos geblieben.

Fünfundvierzigtausend Tonnen Marmor, Stein und Eisen brachen die Bauarbeiter seit Beginn der Sanierung im Juli 1995 aus dem Innern des Wallot-Baus, ein Drittel des Bestandes mußte der Zu-

kunft weichen. Die Mittelachse hinter dem Säulenportikus mit der Inschrift „Dem Deutschen Volke“ wurde von der Kellersohle bis zum Dach abgetragen. In das künstliche Ruinenfeld hat Foster den neuen, zwölfhundert Quadratmeter messenden Plenarsaal gestellt. Die Raumdisposition orientiert sich an Vorstellungen Wallots, dessen Plenum freilich nur halb so groß war wie das jetzt fertiggestellte. Das Präsidium und die Bundesregierung sitzen darin, ähnlich wie im historischen Gebäude, an der Ostseite, ihnen gegenüber im flachen Halbrund einer Ellipse die Abgeordneten. Die kreisrunde, weltweit verbildlose Sitzordnung des Bonner Neubaus bleibt damit eine rheinische Episode. Nur die Farbe der Berliner Abgeordnetensessel ist von Bonn inspiriert. Sie sind hier wie dort blau, aber dennoch nicht gleich: Während die Bonner Stühle in verschiedenen Blautönen changieren, haben sie im Reichstag eine einheitliche, von Sir Norman definierte Farbe – „Reichstagsblue“. Über dem Präsidenten schwebt ein Bundesadler aus Aluminium, der seinem Bonner Artgenossen zum Verwechseln ähnelt, dessen schwierige Geburt aber vorzüglich das „kapitale Dilemma“¹⁰ der parlamentarischen Stilbildung illustriert. Alle Versuche Sir Normans nämlich, im Reichstagsgebäude einen anderen Wappenvogel heimisch zu machen, scheiterten am Willen der Parlamentarier, Kontinuität inmitten des Wandels zu signalisieren. Obwohl Foster ganze Adlerschwärme zeichnete, als sei die Bundesrepublik ein expandierender Vogelpark, blieb am Ende doch alles beim Gewohnten. Nur ein wenig größer fiel der Reichstagsadler aus, und er erhielt zum ersten Mal ein ansehnliches Hinterteil. Denn hinter der Wand aus Glas, die er ziert, liegt der Zugang, durch den die Abgeordneten, aus ihren Büros in den umliegenden Bundestagsbauten kommend, das Hohe Haus betreten.

Ähnlich wie das durchsichtige Bonner Debattenforum von Behnisch, das man stets mitdenken muß bei jedem Blick auf Fosters Werk, ist auch das Berliner Plenum weniger auf Konzentration angelegt denn auf Entgrenzung. Zwölf schlanke Betonsäulen umstehen den hallenartigen Saal, dessen gläserne Decke und raumhohen Glaswände es erlauben, den Blick frei vom Ost- zum Westportal und hinauf in die Kuppelkonstruktion schweifen zu lassen. Und von der Straße aus kann der Bürger seinem Gesetzgeber bei der Arbeit zusehen. Sir Norman hat dem Plenarsaal ein Maß an Transparenz verliehen, das angesichts der massiven Hülle erstaunt. Die flankierenden Natursteinwände mit ihren mächtigen Rundbogenfenster verleihen dem

10 Vgl. Michael Z. Wise, *Capital Dilemma. Germany's Search for a New Architecture of Democracy*, New York 1998.

Herzen des Parlamentes gleichwohl etwas von einer antiken Basilika: durchaus hell, und doch stets ein wenig düster; weit, aber in der Weite beinahe sakral.

Dem sandgestrahlten und stilbereinigten Reichstagsgebäude eignet, allen gegenteiligen Beteuerungen der Bauherren zum Trotz, ein Pathos, das der bundesrepublikanischen Selbstdarstellung bislang fremd war. Es sind, wie schon einst im Wallot-Bau, vor allem die Dimensionen, die beeindrucken: der größte Plenarsaal der deutschen Geschichte, die haushohe Westhalle, die weiten Blicke hinauf in die Kuppel. So erfolgreich das Globaldesign aus Fosters international operierender Architekturfabrik sich auch müht, dem Bau jeden nationalen Charakter zu nehmen – es beschleicht den Besucher doch die Ahnung, daß die Räume geeigneter sein könnten als die Bonner Bauten, über Krieg und Frieden zu debattieren, Staatsbegräbnisse abzuhalten oder Orden zu verleihen. Hier ist der Inszenierung des Politischen eine Kulisse geschaffen worden, die große Worte zwar nicht erzwingt, sie aber auch nicht konterkariert.

Dem Souverän, dem Volk, dient das Westportal mit Säulenportikus und Freitreppe am Platz der Republik als Eingang: Hier dürfen Reichstagsbesucher nach obligatorischen Sicherheitskontrollen hereinschlendern und den Abgeordneten buchstäblich aufs Dach steigen. Vier Hauptebenen haben die Planer übereinandergeschichtet, die mit zunehmender Höhe immer luftiger und gegenwärtiger werden, um schließlich in der Kuppel eine technisch virtuose Leichtigkeit zu entfalten. Im ersten Obergeschoß, im Piano nobile, liegt der Plenarsaal, in den als zweite Horizontalschicht die Stahlkonstruktionen der Zuschauertribüne hineinragen. Auf der dritten Ebene begegnen sich die Abgeordneten, wenn sie in die Sitzungssäle ihrer Fraktionen eilen, und die Journalisten. Von der Presselobby aus, die den gesamten Plenarsaal überspannt, fällt der Blick durch ein enormes kreisrundes Loch hinab auf das Treiben der Volksvertreter. Nur die Hallen in den vier Ecktürmen, die als Konferenzsäle hergerichtet wurden, hinterlassen mit ihren weißgeschlemmten Ziegelwänden, den irritierend farbigen Holzpanelen und den mehrere Meter über den Köpfen liegenden Festern einen eigentümlich höhlenartigen Eindruck.

Ganz oben schließlich steht die Dachterrasse mit einem Restaurant den Besuchern offen, über deren Köpfen sich die neue Kuppel erhebt. Nun, da die transparente Haube tagsüber im Sonnenlicht glitzert und abends nobel erglüht, läßt sie den heftigen Streit vergessen, der ihre Entstehung begleitete. Auch sie ist, obwohl man ihr diese

Abstammung nicht mehr ansieht, geboren aus dem Geist des Kompromisses, von Foster nur widerwillig in die Welt gesetzt. Der Brite hatte den Auftrag für die Umgestaltung des Reichstags gegen weltweite Konkurrenz noch mit einem kuppellosen Entwurf gewonnen. Erst auf Druck der CDU/CSU-Fraktion hin erklärte er sich bereit, den Umbau mit einem Konstrukt aus Glas und Stahl zu krönen. Den verbreiteten Wunsch aber, dem Reichstag wieder seine historische Kuppel aufzusetzen, die nach Kriegsbeschädigungen im November 1954 gesprengt worden war, mochte Sir Norman nicht erfüllen. Statt dessen zeichnete er immer neue Pläne, bis schließlich eine Glasglocke entstand, die zwischen historischem Umriß und zeitgenössischer Ingenieurkunst changiert.

Fosters gläserner Lampion ist keine hohle Geste, keine repräsentative Leerformel mehr wie ihre Wallotsche Vorgängerin, nicht nur Glas und Stahl über nationalem Luftraum. Die Neue erfüllt eine Aufgabe; sie lenkt über eine tulpenartige, komplett verspiegelte Spindel Tageslicht in die Tiefen des Baus. Und sie saugt wie ein Kamin verbrauchte Luft aus dem Plenum nach oben. Zudem bietet sie Besuchern die Möglichkeit, auf einer Rampe, die sich einer Doppelhelix gleich um den Spiegeltrichter ringelt, in den Himmel über Berlin zu steigen. An den ersten Besichtigungstagen nahmen hundertfünfzigtausend Menschen diese Gelegenheit wahr, und seither stehen Besucherschlangen vor den Portalen.

III.

Trotz dieser begeisterten Aufnahme des neu-alten Reichstagsgebäudes, das zum ersten Mal in seiner Geschichte wirklich populär geworden ist, stellt sich die Frage, was der Wandel in der architektonischen Selbstdarstellung der Republik zu bedeuten hat. Daß sich nämlich etwas ändert, das macht der Reichstag so deutlich wie das neue Bundespräsidialamt oder die umgestalteten Ministerialbauten. Die Indizien für den Wandel sind schnell genannt: Aus dem Regierungsviertel am Rheinufer, das zwischen Obstgärten und Bootshäusern akademischer Ruderclubs buchstäblich auf der grünen Wiese gewachsen ist, ziehen Parlament und Exekutive in den innersten Kern einer Millionenstadt. Statt in mehr oder weniger ansehnlichen Nachkriegsbauten residieren Ministerien und Verwaltungen künftig ganz überwiegend in alten Gemäuern. Während die Rheinaue weitgehend eine geschichtsfreie Zone war, wurzelt in Berlin alles Neue tief im Alten. Am deutlichsten wird

die Veränderung der gewohnten Bilder im Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Sitz des Deutschen Bundestages: Behnischs hinreißender Bau ist hell, offen und ein wenig schräg, architektonischer Ausdruck eines Lebensgefühls, das sich komfortabel in der „posthistoire“ eingerichtet hatte und dem alle traditionellen Würdeformeln, alle Achsen, Symmetrien, alle Natursteinwände verdächtig waren. Paul Wallots Berliner Reichstagsgebäude hingegen schwelgt geradezu – auch nach dem Umbau durch Foster – in kolossalen Säulenordnungen, stemmt schwer lastende Giebel über schattenreiche Pfeiler, imponiert mit breiten Freitreppen.

Dieser Wandel, der nun in den Berliner Bauten zum Vorschein kommt, kündigte sich schon in Bonn an, aber er wurde kaum registriert, weil er von dem glänzenden Finale – Behnischs Plenarsaal – überstrahlt wurde. Das Gästehaus der Bundesregierung auf dem Petersberg beispielsweise markiert den definitiven Bonner Abschied vom Provisorium. In der Wahl der Mittel nicht immer geschmackssicher, aber von einem neuen Willen zur Repräsentation beflügelt, entstand da ein marmorsattes Stilkompositum, das von der üblichen Bescheidenheit nichts mehr wußte. Auch die neue Residenz des deutschen Botschafters in Washington, von Oswald Mathias Ungers als strahlend weißer Kubus auf einem terrassierten Hügel oberhalb des Potomac errichtet, führte eine Haltung in die bundesrepublikanische Repräsentationsarchitektur ein, die ihr lange völlig fremd war: die beherrschende Lage oberhalb der Stadt, die dramatische Geste der kantigen Pfeilerreihe. Die Residenz zitiert ohne jede Ironie traditionelle Architekturmetaphern, die als Zeichen von Selbstbewußtsein und Macht in der Baugeschichte eindeutig besetzt sind¹¹.

IV.

Der Wandel in der deutschen Selbstdarstellung ist das Resultat einer komplizierten Gemengelage. Eine neue, durchaus nicht nur konservative Sehnsucht nach Symbolen verschmilzt da mit der Orientierungslosigkeit nach dem Ende des Kalten Krieges. Spätestens mit dem Mauerfall begann die Erinnerung an die nationalsozialistische Überwältigungsarchitektur zu verblassen, gegen die in der rheinischen Republik vierzig Jahre lang angebaut wurde. Die Distanz zur „Stunde Null“ wächst, die in Bonn von Behnisch noch ein letztes Mal leicht-

händig inszeniert worden war. Zugleich, und das ist der entscheidende Punkt, erlebt die Bundesrepublik den zweiten großen Generationswechsel nach 1945. Wohl nicht zufällig haben mit Gesine Weinmiller, Thomas Müller und Ivan Reimann, Martin Gruber und Helmut Kleine-Kraneburg sowie Torsten Krüger, Christiane Schubert, Bertram Vandreike – die Reihe ließe sich fortsetzen – viele junge Architekten, alle Mitte dreißig, Anfang vierzig Jahre, einige der symbolträchtigen Berliner Bauaufträge erhalten oder zumindest wichtige Wettbewerbe gewonnen: für das Bundespräsidialamt, den Erweiterungsbau des Außenministeriums, das Kanzleramt, das Reichstagsgebäude, für das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Lässig verabschieden sie sich von jener Bonner Übung der Zurückhaltung, die sie nur noch wie falsche Bescheidenheit anmutet. Was Hans Schwippert, dem Architekten des ersten Bonner Plenarsaals, und Günter Behnisch noch tief empfundene moralische Notwendigkeit war, einer neuen Zeit programmatisch lichte Häuser zu bauen, verkam im Laufe der Bonner Jahre weithin zur bürokratisch exekutierten Floskel und nahm gelegentlich sogar Züge von Verfolgungswahn an: Jede Natursteinwand, jede Freitreppe stand sofort und permanent unter Verdacht. Doch dieser Reflex erlahmt.

„Jetzt, da wir die Chance haben, eine neue Hauptstadt zu bauen, wäre es ein Fehler, nicht auch Zuversicht und Selbstvertrauen zu demonstrieren“, sagt etwa Helmut Kleine-Kraneburg, der Architekt des neuen Bundespräsidialamtes, und sein Partner Martin Gruber erklärt ihren dunklen Idealbau zur „Befreiung von all den Lasten, die der Architekturdebatte aufgebürdet wurden, einschließlich der Fiktion einer ‚demokratischen‘ Architektur“¹². Sie halten Architekturformen wieder für möglich, die jahrzehntelang tabu waren, sie entdecken jene Geschichte als Inspirationsquelle neu, die den Alten stets suspekt war. Günter Behnisch, Jahrgang 1922, zählt sich selbst längst zu den Letzten, „die die Geschichte von der Weimarer Republik an noch mit sich schleppen. Ich merke schon, daß diejenigen, die diese Geschichte nicht durchlebt haben, mit geschichtlichen Ereignissen, mit visuellen Erscheinungen sorgloser umgehen.“¹³

Aber was bei Behnisch noch nach Leichtfertigkeit klingt, ist wohl eher eine gewisse Entkrampfung. Auch Walter Karschies, im Bundespräsidialamt zuständig für den Neubau des ovalen Solitärs von

11 Vgl. Oswald Mathias Ungers, Deutsche Botschaft Washington. Neubau der Residenz, Stuttgart 1995.

12 Zitiert nach M. Z. Wise (Anm. 10), S. 82.

13 Rückblick und Ausblick. Oliver G. Hamm im Gespräch mit Günter Behnisch, in: Deutsche Bauzeitung, (1992) 2, S. 124.

Gruber und Kleine-Kraneburg, registriert die Veränderungen: „Ich nehme in der Zusammenarbeit mit den Architekten immer wieder deren Erstauen über die Skrupel wahr, die ich mit mir herumtrage. Ich bin älter als sie, und die Erfahrungen meiner Generation haben auch mich geprägt. Unsere Gespräche sind sehr fruchtbar, aber gelegentlich schlagen sie eine architektonische Lösung vor, die ihnen selbstverständlich erscheint, und ich muß dann vor diesem oder jenem Fettnäpfchen warnen.“¹⁴

Statt der Neigung zum Neubeginn, zum radikalen Wandel nachzugeben, tasteten sich die Bauherren Schritt für Schritt voran – immer besorgt, wie das Ausland auf die Entscheidungen reagieren werde. Zwischen den Polen Bruch und Kontinuität, Geschichtsflucht und Vergangenheitslosigkeit schwankend, vorsichtig wägend, hat sich die Berliner Hauptstadtarchitektur schließlich etwas mehr historisches Bewußtsein verordnet und einige Lokkerungsübungen absolviert. Die Hauptstadtbauten, die der Vollendung entgegengehen, versprechen denn auch überwiegend tauglich zu werden, durchdacht, teils sogar schön. In den besten Bauten, dem Kanzleramt, dem Bundespräsidialamt und auch dem Reichstagsgebäude, dürfte die Versöhnung von Monumentalität und Modernität gelingen; die Konkurrenz mit den vielen neuen Berliner Bürowürfeln jedenfalls können sie allemal bestehen.

14 Zitiert nach M. Z. Wise (Anm. 10), S. 84.

Daß dabei tatsächlich hier und da traditionelle Pathosformeln in die deutsche Repräsentationsarchitektur zurückkehren, auf die Bonn stets allergisch reagierte – ein quasibaroocker Ehrenhof vor Schultes' Kanzleramt beispielsweise, die helle hohe Halle des Bundespräsidialamtes und natürlich die Reichstagskuppel –, ist kein Hinweis für neuerwachte Großmannssucht. Berlin wird nicht „Neuteutonia“¹⁵. Die Berliner Bauten verbindet kein heikler Wille zur Macht, sondern lediglich eine neue Unbefangenheit gegenüber der Vergangenheit. Zum ersten Mal seit 1945 trauen sich Baumeister und Bauherren wieder, steingewordene Geschichte nicht mehr nur zu leugnen, sie hinter Rigips zu verstecken oder gar abzureißen, wie es noch Frau Schwaetzer wollte und wie es lange üblich war. Sie unterscheiden vielmehr – gewiß gelegentlich ein wenig forsch und selbstherrlich – zwischen guter und schlechter Architektur, statt Pfeilerreihen und Portici rundweg zu verdammen.

Das Verhältnis der Gegenwart zur übrigen Zeit, das ist der Kern der Veränderungen, hat sich gewandelt; Vergangenheitswahrnehmung und Zukunftserwartung wurden gegenläufig neu codiert: Die Zukunft ist kein Fluchtpunkt mehr wie noch in Bonn, die Vergangenheit keine Tabuzone mehr.

15 So der vielzitierte Titel eines Heftes der Fachzeitschrift *arch+*, Von Berlin nach Neuteutonia, in: *Arch+* 122, Juni 1994.

Karl Dietrich Bracher: Rückblick auf Bonn

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32 – 33/99, S. 3–8

Fünfzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland in Bonn ist die zweite deutsche Demokratie dabei, unter mancherlei Bedenken und Schlagworten wie dem einer künftigen „Berliner Republik“ aus der länger als zunächst erwartet provisorischen in die nunmehr betont definitive Hauptstadt umzuziehen. Es war die Geschichte einer über vierzig Jahre geteilten Nation, die sich im Westen mit dem Aufbau einer neuen Demokratie erfolgreicher zu behaupten wußte als das erste Experiment von Weimar in der verhängnisvollen Zwischenkriegszeit Europas von 1918 bis 1939, als Parlamentspolitik weithin mit Krise und Scheitern gleichgesetzt und daher auch das Kommen der ersten deutschen Diktatur hingenommen oder gar erstrebt wurde.

Es gibt keine einfache Antwort auf die Frage, welcher der zahlreichen Faktoren in erster Linie für die letztlich soviel glücklichere Entwicklung der Bundesrepublik – verglichen mit der kurzlebigen Weimarer Demokratie oder gar mit der allzu langdauernden zweiten deutschen Diktatur in der DDR – namhaft zu machen ist. Der Verfassung, ihrer Anerkennung und Verwirklichung sowie der Abwehr radikaler Tendenzen, kommt hohe Bedeutung zu. Eine pragmatische wie effektive Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik war gleichermaßen an dieser Erfolgsgeschichte beteiligt, die nun historisch mit dem Namen der rheinischen Stadt Bonn verbunden ist. Grundlegend ist und bleibt vor allem die Einfügung zuerst West-, dann Gesamtdeutschlands in den übernationalen Rahmen einer atlantisch gestützten Europapolitik, der Verzicht auf eine in der Vergangenheit so verhängnisvolle nationalistische Machtpolitik, das Streben nach Partnerschaft mit den Nachbarn und das Bewußtsein der wechselseitigen Abhängigkeit auf wirtschaftlichem und politischem wie auf geistigem und moralisch-wertbezogenem Gebiet. Diese politische Kultur der Bundesrepublik, wie sie fünfzig Jahre lang durch das föderale System im ganzen Land, nicht zuletzt aber in Bonn geprägt worden ist, sollte auch Leitbild einer Bundeshauptstadt Berlin sein.

Arnulf Baring: Die Berliner Republik. Erwartungen und Herausforderungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32–33/99, S. 9–15

Im In- wie im Ausland wird in letzter Zeit auffällig oft von der „Berliner Republik“ gesprochen, auch mehr von „Deutschland“, während das eher administrative Konstrukt „Bundesrepublik“ mehr und mehr aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verschwindet. In dieser veränderten Wortwahl spiegelt sich ein Bewußtseinswandel, der mit zeitlicher Verzögerung der neuen Situation unseres Staates seit der Wiedervereinigung 1990 Rechnung trägt. Natürlich bleiben die Verfassung, unsere Institutionen, die Parteien und Verbände vom Regierungs- und Parlamentsumzug nach Berlin in ihrer Substanz unberührt. Doch im Laufe der Zeit wird die verbreitete Erwartung zumal junger Menschen, die sich mit den neuen, alten Namen verbindet, eine veränderte politische Wahrnehmung und Praxis nach sich ziehen.

In Berlin wird deutlicher werden als in Bonn, daß die Rückkehr der Bundesrepublik als erneuerter Nationalstaat in die europäische Mittellage nicht nur innerdeutsch neue Verantwortungen mit sich bringt, sondern gerade auch außenpolitisch große Herausforderungen beinhaltet.

Nachdem sich die Bundesrepublik jahrzehntelang zentral auf die Westintegration konzentrieren konnte, muß Deutschland jetzt – im eigenen Interesse wie in dem unserer Nachbarstaaten und dem unserer Allianzen – eine konzeptionell neue, umfassende Ostpolitik zu entwickeln versuchen. Die potentielle politische Erdbebenzone, die sich zwischen Albanien und Weißrußland ausdehnt, muß in den nächsten Jahren politisch, wirtschaftlich und sozial dauerhaft stabilisiert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die dortige Instabilität uns und das westliche Europa in Mitleidenschaft zieht.

Die Deutschen werden allerdings nur dann eine konstruktive, beherzte Rolle in Europa spielen können, wenn sie auch emotional ihren Frieden mit sich selber schließen, ihre Selbstachtung zurückgewinnen.

Helmut Vogt: Das Herzstück der jungen Bundeshauptstadt. Die Anfänge des Deutschen Bundestages in Bonn 1949/50

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32–33/99, S. 16–24

Der Deutsche Bundestag ist 1949 nicht nur das erste Verfassungsorgan gewesen, das die Arbeit an seinem Bonner Standort aufnehmen konnte. Er erfuhr auch wegen der Entscheidungsgewalt der Abgeordneten in der Frage des Bundessitzes besondere Aufmerksamkeit. Architekt Hans Schwipert erhielt durch das Vorbereitungsland Nordrhein-Westfalen weitgehende Unterstützung für sein modernes Gestaltungskonzept, mußte jedoch in wichtigen Details abweichende Wünsche Konrad Adenauers berücksichtigen und bereits wenig später die notwendige Erweiterung der neugeschaffenen Bundesbaudirektion überlassen. Trotzdem ging das Kalkül der Bonn-Befürworter auf: Die bevorzugte Behandlung der Parlamentarier und der reibungslose, würdige Ablauf der verschiedenen Konstituierungsakte der neuen Verfassungsorgane überzeugten eine ansehnliche Mehrheit, der „rheinischen Hauptstadt“ eine Chance zu geben.

Als Ironie der Geschichte bleibt nachzutragen: Während im Bereich der Exekutive sowohl die Masse der Improvisationen als auch die später unter großen finanziellen Schwierigkeiten errichteten Gebäude nach dem Berlin-Umzug sinnvoll weiterverwendet werden können, existiert für den Komplex Bundeshaus – die Keimzelle der deutschen Nachkriegsdemokratie – noch kein überzeugendes Nutzungskonzept.

Heinrich Wefing: Republikanische Lockerungsübungen. Der Umzug nach Berlin und das Ende der Angst vor der Baugeschichte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32–33/99, S. 25–30

Acht Jahre nach dem Berlin-Beschluß des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 hat der Umzug von Parlament und Regierung tatsächlich begonnen. Daß die Verlagerung der Regierungsfunktionen so lange dauerte, obwohl schon Anfang der neunziger Jahre ausreichend Raum für alle umziehenden Institutionen in Berlin nachgewiesen wurde, hatte seinen Grund in dem hinhaltenden Widerstand der Berlin-Gegner. Erst der Amtsantritt von Klaus Töpfer als Bundesbauminister im Oktober 1994 sorgte für eine spürbare Beschleunigung der Umzugsvorbereitungen. Er setzte einen weitgehenden Verzicht auf Abrisse und Neubauten durch und forcierte stattdessen die Unterbringung der Ministerien und Verwaltungen in Altbauten. Allein Kanzleramt und Präsidialamt bekommen neue Häuser.

Der prominenteste Umbau erfolgte im Reichstagsgebäude, das nach den Plänen des Londoner Architekten Sir Norman Foster für den Deutschen Bundestag hergerichtet worden ist. In dieser Aneignung historischer Bausubstanz für die demokratischen Institutionen manifestiert sich ebenso wie in den wenigen Neubauten ein verändertes Verhältnis zur Vergangenheit: Anders als in den vierzig Jahren am Rhein scheut die Bundesrepublik in ihrer architektonischen Selbstdarstellung nicht länger das Bekenntnis zur Tradition, sondern entdeckt vielmehr die Spuren der Baugeschichte als Teil einer deutschen Identität.